

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 5 500 000 Mark.
In den Ausgabenstellern monatlich 5 000 000 M. Bei Postbezug
monatlich 5 488 000 M. Unter Streifl. in Polen monatlich 9 000 000 M. Danzig 2,5 Guld.
Deutschl. 2,5 Rml. Einzelnummer 300 000 M., Sonn. u. Feiertags 350 000 M.
Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsmietelegung ob. Auspeitung hat der
Bezieher keinen Anspruch auf Nachleistung der Zeitung ob. Rückzahlg. d. Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzelle 200 000 Mark, die 90 mm
breite Reklamezeile 1 000 000 M. Danzig 15 h. 75 D. Pf.
Deutschland 15 bzw. 75 Goldpf., übliches Ausland 100% Aufschlag. — Bei Pla-
vorschift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbezeichnung von Anzeigen nur
statistisch erbeten. — Öffertengebühr 500 000 M. — Für das Erreichen des
Anzeigen am bestimmten Tag und Platz wird keine Gewähr übernommen.

Postcheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 71.

Bromberg, Dienstag den 25. März 1924.

48. Jahrg.

Neutrales Urteil

über Abbruch und Fortsetzung der Genfer Verhandlungen.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ zum Problem der deutschen Minderheit in Polen.

Über die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf und die Stellungnahme des Völkerbundrates zu der durch sie geschaffenen Situation teilt die „Neue Zürcher Zeitung“, eine anerkannt führende Zeitung der neutralen Schweiz, an leitender Stelle (in Nr. 411 vom 20. d. M.) folgendes mit:

„Die Verhandlungen in Genf haben zu keinem Ergebnis geführt. Es gelang nämlich nicht, über die juristischen Grundfragen, z. B. über den Begriff des Staatsangehörigen oder die Frage des Aufenthaltsrechts der Optanten, zu einer Einigung zu gelangen. In seinem Bericht an den Völkerbundrat befürwortete der brasilianische Botschafter gemäß dem deutschen Wunsche die Entscheidung der juristischen Streitfragen durch den Haager Gerichtshof. In der Sitzung des Völkerbundrates am 15. März erkannte auch Lord Marrow an, daß die Regelung solcher Fragen grundsätzlich vor denständigen Gerichtshof gehöre. Da dieser aber erst Mitte Juni zusammentritt, befürchtete er, daß ein solches Vorachen Verzögerungen mit sich brächte. Er erkannte an, daß die Verhandlungen sowohl in Genf, wie in Warschau gescheitert sind, und in Übereinstimmung mit dem von seinem Vorgänger im Rat, Lord Robert Cecil, favorisierten Verfahren empfiehlt er, die deutsche und die polnische Regierung einzuladen, ihre Verhandlungen über die bisher in Genf erörterten Fragen fortzusetzen und alle übrigen Fragen, die sich auf die Auslelung und Anwendung der Bestimmungen über Staatsangehörigkeit und Optanten beziehen, in das Programm einzubreiten. Ferner beschloß der Rat, den Präsidenten des Schiedsgerichts für Oberschlesien, Professor Dr. Käckenhbeck in Beuthen, anzuvertrauen, als Vermittler den Verhandlungen vorzutragen und, falls sie nicht in der Form einer unterzeichneten Konvention vor dem 1. Juni 1924 zu einer völligen Einigung geführt hätten, als Schiedsrichter endgültig über alle Streitfragen zu entscheiden.“

Damit ist dem bei den Genfer Verhandlungen von Anfang an von deutscher Seite geäußerten Bestreben genüge getan, daß auf eine schnelle Regelung aller dieser Fragen als Rechtsfragen drängte. Professor Käckenhbeck war in einem der deutschen Vorsitzende bereits als Schiedsrichter für streitige Einzelfragen genannt.

Ein schwerer Nachteil in den bisherigen Verhandlungen war es, daß zusammengehörige Gesetze auseinandergerissen waren. Auch hier räumt, einem deutschen Wunsche entsprechend, der immer auf die Zusammengehörigkeit der Staatsangehörigkeits- und der Optionsfragen hingewiesen hatte, der Völkerbundrat endlich auf. Bei Beginn der Genfer Verhandlungen stellte die deutsche Delegation die Forderung, daß sich die polnische Verwaltung aller Maßnahmen enthalten sollte, durch die das Schicksal der Personen, über die hier verhandelt wurde, berührt wird. In dankenswerter Weise hat der brasilianische Botschafter Souza Dantas Schritte nach dieser Richtung unternommen. Es wurden aber gleichwohl zahlreiche Personen, deren polnische Staatsangehörigkeit in früheren Jahren von den polnischen Behörden nicht bestritten war, während der Genfer Verhandlungen mit Ausweisung bedroht und die Liquidation ihrer Güter eingeleitet. Auch hier hat der Völkerbundrat eingegriffen, und der polnische Vertreter hat in öffentlicher Sitzung erklärt, daß er es als moralische Verpflichtung seines Landes betrachte, keine Tatsachen zu schaffen, die den Interessen der Personen Nachteile bringen könnten, deren Schicksal vom Ergebnis der Verhandlungen abhänge.“

Das Schweizer Organ, das auch ausführlich zu der Auslieferung des Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat, des Abg. Eugen Naumann, in scharfer Weise Stellung nimmt, kommt in einem zweiten Artikel (in Nr. 419 vom 21. d. M.) nochmals auf die Frage der deutschen Minderheit in Polen zurück, wobei es abschließend u. a. folgendes ausführt:

„Der in Ausführung des Artikels 98 des Friedensvertrags am 28. Juni 1919 in Versailles zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und Polen abgeschlossene Vertrag über den Schutz der Minderheiten in Polen, gibt den Großmächten, im Interesse des moralischen Rechts der Minoritäten gewisse Rechte, über deren loyale Behandlung zu machen. Ein Vertrag behält aber nur dadurch seine politische Wirksamkeit, wenn er von denselben Kräften durchgeführt wird, die zu seiner Abschaffung drängten. Es war daher im Dezember ein politischer Vertrag des Völkerbundrats, die deutsche Republik, die mit dem Minderheitenproblem in Polen völkerrechtlich gar nichts zu tun hat, sondern nur als Kläger vor einem unparteiischen Gericht auftaucht, in die falsche Stellung eines Vertragsgegners zu bringen, der durch Konzessionen oder Repressionen selbst über den Minderheitsfunk wachen sollte. Ein solcher Rollentausch führt zwangsläufig zu einer Revision der Verträge. Der Rechtsstandpunkt kann sich bei dem in allen Minderheitenfragen geliebten passiven Widerstand der Warschauer Regierung nur dann durchsetzen, wenn eine der Großmächte die ihr gegebenen und indirekt dem Völkerbund übertragenen Rechte politisch auszuwerten trachtet. Vielleicht wird hier der eigenartige Stellungswechsel erklärt, der während der letzten Sitzung des Völkerbundrats stattfand, als die Hand des englischen Vertreters zum erstenmal von der Danziger Basis zum Minderheitenbauergriff, denn wenn sich England, das in Polen eine Einflussphäre sucht, ein politisches Druckmittel zu führen wünscht, vermag es dieses im Minderheitenbeschlußvertrag ebenso zu finden wie die Tschechoslowakei in der ruthenischen Bewegung. Findet hier nicht die von Danziger Blättern aufgeworfene Frage, warum der englische Oberkommissar diesmal in Genf in hartnäckigem Schweigen verharrete, ihre Antwort?“

Der Schuß auf das polnische Botschaftsulat.

Zu dem Anschlag in Allenstein schreibt der „Kurier Poznański“ in seinem Leitartikel vom 22. März in Nr. 69 u. a.:

„Es ist eine ungemeinliche Tatsache, daß in Polen niemand deswegen ein Haar gekräummt wird, weil er nicht Pole ist. (Bombenattentate in Oberschlesien, Bielitz, Bromberg, Attentat auf den Sejmabgeordneten Moritz. D. Red.) Von irgend welchen Anschlägen gegen Deutsche, geschweige denn gegen offizielle Vertreter Deutschlands ist noch niemals etwas gehört worden. Anders in Deutschland. Wie grausam waren doch die Erklärungen deutscher Staatsmänner in Sachen der Militärkontrolle. Darin hieß es, die Deutschen könnten die Sicherheit der Mitglieder der Kontrollkommission nicht verbürgen wegen der Stimmung des Volkes. Dieses Argument wirkt doch ein eigenartiges Licht auf die deutsche Bevölkerung, wie auch auf die Regierungsmethoden. Es ist selbstverständlich, daß in dem mit einem harten Friedensstift belasteten Deutschland eine andere Stimmung herrschen muß, als in dem von allen Glücksgütern gezeichneten Polen! (D. Red.) Denn es unterliegt doch keinem Zweifel, daß die deutsche Regierung so viel Macht hätte, daß sie, wenn sie wollte, allem Terror begegnen könnte. Wenn sie es nicht tut, so ist das ein Beweis für den systematischen bösen Willen des ganzen Volkes und der Regierung. (Wenn man einer Regierung alle Macht nimmt, kann man sie logischerweise für die Wirkungen der Machtlosigkeit nicht verantwortlich machen. D. Red.)“

Das Blatt kommt nun auf das Attentat in Allenstein zu sprechen und zitiert zunächst zustimmend die russischen Leser bekannt auslassung der „Gazeta Olsztyńska“, um dann fortzufahren:

„Die „Gazeta Olsztyńska“ hat zweifellos Recht. Orla- preußen ist, wie wir oft festgestellt haben, ein Nest geheimer deutscher militärischer Organisationen und der Siedlungspreußisch-deutschen Nationalismus. Diese Gründungen zeigen vollständig die Grundzüge terroristischer Methoden. Es würde uns nichts angehen, wenn die Morde und Anschläge (wo gab es derartiges? D. Red.) sich gegen deutsche Personen und Parteien richteten. Anders ist es dagegen, wenn diese Organisationen ihren „furor teutonicus“ gegen das polnische Volk richten und gegen offizielle Vertreter Polens. Denn sie brechen damit die in der ganzen Welt gültigen Rechte und Sitten. Und das alles geschieht in Ostpreußen systematisch. Die dort erscheinende polnische Presse verzeichnet ständig Verwüstungen und Überfälle auf politische Versammlungen und Terrorismus gegenüber allen Ausdrücken des polnischen Lebens. (Wie sollen wir dann unsere Behandlung nennen? D. Red.) Die Behörden zeigen sich in solchen Fällen merkwürdig untätig oder sehen überhaupt nichts. (Der Polenkunst in Deutschland behauptet das Gegenteil. D. Red.) Der Überfall auf den polnischen Botschaftsulat ist gewißlich die Krönung der verbrecherischen Aktion, für welche die Behörden und die deutsche Regierung die letzte Verantwortung tragen. Von polnischer Seite müßte dies zum Anlaß genommen werden zu einer energischen Aktion, um der in Ostpreußen gegenüber den Polen betriebenen Politik zu begegnen. (Na, na! Wenn es in dem unerträglichen Deutschland soviel polnische Emigranten gäbe, wie es Deutsche in Polen gab, wäre jenseits der Grenzen keine polnische Minderheit vorhanden.) Die dortigen Verhältnisse sind geradezu unerträglich. Und die sprichwörtliche polnische „Füll“ (vergl. die letzten fünf Jahre!) ermuntert nur die Verbrecher. Man muß daran brechen, indem man überlegt, daß es sich hier um die Würde der Republik und im Grunde um die Möglichkeit der nationalen Existenz der polnischen Bevölkerung in Ostpreußen handelt.“

Der Aufsatz ist typisch. Erwiesen wurde im Allensteiner Falle noch gar nichts. Wer hat den Schuß abgegeben, ein Pole oder ein Deutscher? Gefüllt das Attentat aus politischen oder persönlichen Gründen? Das weiß noch kein Mensch. Aber es entspricht der „polnischen Geduld“, wie sie der „Kurier Poznański“ offenbart, einen Schuß im Dunkeln, von dem niemand weiß, woher er kam, als „Verbrechen“ zu stampfen und die Auslieferung des Abgeordneten Naumann, von der jedermann weiß, wie sie zustande kam, als „nationale Tat“. Wir wissen das und sind darüber nicht mehr erstaunt, haben aber die Pflicht, dies alles zu vermerken.

Ausweisungen.

Interpellation

des Abg. Graebe und Gen. von der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Ministerpräsidenten, Minister des Innern und Justizminister wegen des Verhaltens von Polizei und Gerichtsbehörden in Ausweisungssälen.

Der Geschäftsführer Fritz Karl Buege in Bydgoszcz erhebt auf Grund des Art. 8 des Minderheitenschutzvertrages Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit, die ihm von den polnischen Behörden bestritten wird. — Das Verfahren schwiegt.

Trotzdem wurde Buege am 22. Februar d. J. festgenommen, in einen Eisenbahnzug geführt und über Miastecza nach Schniedemühl transportiert. Das deutsche Kommissariat lehnte die Annahme des Buege ab, weil dieser nicht deutscher Staatsbürgert sei, worauf Buege nach Bydgoszcz zurücktransportiert und dort auf freien Fuß gestellt wurde.

Am 3. März d. J. wurde Buege erneut festgenommen und zur Bahn transportiert. Auf dem Bahnhof nahm der Transporteur Fablonski dem Buege gewaltsam die Geldtasche fort, aus der er sich 10 Millionen zum Anlauf einer Fahrkarte herausholte, den übrigbleibenden Rest gab er sodann zurück. — Der Transport erfolgte diesmal nicht nach Schniedemühl, sondern über Raczkow-Stütteldorf nach Płotki. Aber auch hier lehnte die deutsche Behörde die Annahme des Herrn Buege ab, und als der deutsche Beamte erklärte, daß Herr Buege unter keinen Umständen in Deutschland bleiben könne, blieb dem begleitenden polnischen Beamten nichts weiter übrig, als Herrn Buege nach Polen zurückzunehmen. Kaum hatten sie aber das polnische Gebiet beschränkt, als der Beamte Fablonski aus Bydgoszcz dem Leiter des Polizeiamtes in Stütteldorf mitteilte, Herr Buege

Die Polenmark am 24. März

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig: 1 Dollar = 9 500 000 p. M.

1 Million p. M. = 0,61 Gulden

Warschau: 1 Dollar = 9 400 000—9 450 000 p. M.

1 Tanz. Gulden = 1 620 000 p. M.

Valorisationsfrank: 1 800 000 p. M.

Goldmark (P. A. K. P.): 2 191 000 p. M.

habe die Grenze rechtswidrig übersehen und müsse bestraft werden. Herr Buege wurde deshalb erst auf den Polizeiposten in Schmielau und dann um 12 Uhr mittags in das Gerichtsgefängnis in Chodziez gebracht. In derselben Zelle befanden sich 3 Brandstifter, ein zu 9 Monaten Gefängnis verurteilter Dieb, ein verdächtiger Dieb und eine für Geldschmuggel zu 3 Monaten Gefängnis verurteilte Person. Die Einrichtung der Zelle bestand aus fünf verlausten Strohsäcken, einem Tisch und einem dreibeinigen Schmel. Nach 40stündigem Aufenthalt im Gefängnis wurde Buege durch den Richter verhört. Dieser erklärte ihm, daß er frei wäre. Trotzdem wurde Herr Buege nicht sofort entlassen, sondern erst am nächsten Tage zur Staroste in Chodziez gebracht, obwohl der Richter ihn ursprünglich nach Bydgoszcz entlassen wollte. Am 7. 8. um 10 Uhr vormittags wurde Buege zur Staroste in Chodziez gebracht und um 12 Uhr führte ihn ein Polizeibeamter nach Ust. Dieser Polizeibeamter trug das Bajonet aufgesetzt, auf den Achselstücken hatte er die Nr. 1720 XI. In Ust wurde Buege zu dem Leiter des Polizeiamtes geführt mit dem Auftrage, ihn einer körperlichen Revision zu unterziehen. Während der Revision verschwand der Polizist Nr. 1720 XI. Der Polizeibeamte händigte Herrn Buege eine Bescheinigung über die erfolgte Revision aus und befahl ihm, sich zu dem Wachhäuschen an der Brücke zu begeben, wo er den Polizisten Nr. 1720 XI vorfinden würde. Er hat aber den Polizisten dort nicht angetroffen. Der Beamte in dem Wachhäuschen nahm Herrn Buege die Ausweisungsbefehle ab und befahl ihm, die Grenze nach Deutschland zu überschreiten. Herr Buege wehrte sich aber, die Grenze ohne Schutz der polnischen Polizei zu überschreiten. Darauf erklärte der Beamte, daß der Polizist Nr. 1720 XI in dem deutschen Polizeiamt auf ihn warte. Als Herr Buege sich auf der Brücke nach vor dem polnischen Grenzpfahl befand, bemerkte er, daß die Erklärung des betr. Beamten nicht auf Wahrheit beruhe. Buege kehrte deshalb sofort zum Polizeiwachhäuschen zurück und bemerkte, wie der Polizist Nr. 1720 XI seine Schritte zum polnischen Polizeiamt entfernt. Er war vom Wachhäuschen 50 Meter entfernt, als Buege ihn bemerkte. Auf Anrufe reagierte er überhaupt nicht. Jetzt verlangte der Beamte im Polizeiwachhäuschen entschieden, daß Buege die Grenze überqueren oder auf der Brücke bleiben, wobei er bemerkte, daß es ihm gleichgültig wäre, ob Buege bei dem Frost auf der Brücke vererde oder nicht. Falls aber Buege wagen sollte, nach Polen zurückzufahren, würde er ihn daran erneut durch Waffengewalt hindern. Es blieb Buege also nichts weiter übrig, als den Weg zum deutschen Polizeiamt einzuschlagen und dort um Aufnahme zu bitten. Die deutschen Beamten lehnten aber die Aufnahme des Herrn Buege ab und verhandelten eine längere Zeit über seine Rückkehr mit den polnischen Beamten. Alle Bemühungen waren aber vergeblich. Die deutschen Polizeibeamten brachten Herrn Buege endlich nach Schniedemühl, von wo er nach Polen zurückkehren soll.

In ähnlicher Weise wurde der Bauunternehmer Alfred Lanzenz, welcher staatenlos ist, behandelt: der einzige Unterschied bestand darin, daß er im Gerichtsgefängnis Kolmar mit einem wegen Fahrraddiebstahls auf 6 Monate eingeworfenen Mann zusammengetan wurde.

Wir fragen die Regierung an:

1. Ist sie damit einverstanden, daß Ausweisungen erfolgen, solange die Frage der Staatsangehörigkeit nicht geklärt ist, und welche Anordnungen gedenkt sie in dieser Angelegenheit zu erlassen?
2. Wie beurteilt sie das Verhalten der verschiedenen Polizeibeamten und des Gerichts bzw. der Starosten in den vorliegenden Fällen, denen vorher bekannt war, daß eine Übernahme der Ausgewiesenen durch die deutschen Grenzbehörden nicht erfolgen würde?
3. Welche Maßnahmen gedenkt sie zu treffen, daß Ausgewiesene nicht wie Bieh, sondern menschenwürdig durch die Ausführungsorgane behandelt werden?

Warschau, den 18. März 1924.

Die Interpellanten.

Das Rätsel der Dokumente.

Auch Prag „enthüllt“.

Das Organ des tschechischen Außenministers Benesch, die „Prager Presse“, wendet sich nochmals gegen das „Berliner Tageblatt“, indem es das „Berliner Tageblatt“ weiterer Veröffentlichungen enthebt und die von dem Blatt angekündigten, aber noch nicht veröffentlichten falschen Dokumente, die sich schon seit Jahren in den Händen der tschechoslowakischen Regierung befinden, selbst veröffentlicht. Es schreibt:

Das „Berliner Tageblatt“ hat, wie es scheint, an einer Blamage nicht genug. Im heutigen Morgenblatt veröffentlicht es aus seiner Sammlung falscher Dokumente eine neue Probe, und obwohl im gestrigen Abendblatt der „Prager Presse“ das „Berliner Tageblatt“ unwiderleglich überführt wurde, daß es Falsifikate verbreitet, beharrt es noch heute auf ihrer Echtheit, ohne zu bedenken, daß es sich damit die letzten Möglichkeiten eines ehrenhaften Rückzuges versperrt. Das Dokument vom 28. Oktober 1918, welches heute im „Berliner Tageblatt“ abgedruckt wird und dessen wesentliche Bestimmung ein Übereinkommen über die französische Militärmission sein soll, stimmt wörtlich mit einer Äußerung überein, wie sie schon seit langem in den Händen der zuständigen tschechoslowakischen Stellen sich befindet, ebenso wie die Nachträge vom 24. (22.) April 1921 und vom

8. November, welche das "Berliner Tageblatt" zwar bereits angekündigt, aber bisher noch nicht veröffentlicht hat.
Diese "Nachträge", mit denen Prag dem "B. T." zuvorkommt, besagen:

X.

Falls die Anschlussbewegung der Republik Deutschösterreich Formen annehmen würde, daß diplomatische Schritte seitens der Regierungen der Republiken Frankreich und der Tschechoslowakei nicht mehr genügen würden, einen Anschluß parteller oder totaler Form Deutschösterreichs an Deutschland als Bundesstaat zu verhindern, übernimmt die tschechoslowakische Regierung im Einvernehmen mit Frankreich den Auftrag einer Belohnung der Bundesstadt Wien, sowie der anderen Landeshauptstädte Linz und Salzburg. Die Besetzung der Landeshauptstädte Graz und Klagenfurt erfolgt durch französische Truppen. Gleichzeitig besetzen Truppen der tschechoslowakischen Wehrmacht die Industriezentren, militärtäglich und sonstige strategisch bedeutsame Punkte an der Donaulinie, einschließlich Wiener Neustadt. 24 Stunden vor Überschreiten der Grenze seitens der tschechoslowakischen Einmarsstruppen wird die Bundesregierung in Wien durch eine gemeinsame diplomatische Note seitens der verbündeten Regierungen Frankreichs und der Tschechoslowakei hieron in Kenntnis gesetzt.

Unterzeichnet am 22. April 1921.

X.

Die tschechoslowakische Regierung nimmt Kenntnis und erkennt das zwischen der Regierung der Republik Frankreich und der Regierung der Republik Polen abgeschlossene Geheimabkommen vom 21. August 1921 an. Die tschechoslowakische Regierung verpflichtet sich im Einvernehmen mit der Regierung in Warschau gemeinsame wirtschaftspolitische sowie militärische Schritte gegenüber Deutschland und an unternehmen, falls die Regierung der Republik Frankreich eine Gefährdung des mitteleuropäischen Friedens feststellen sollte. Als Gefährdung des mitteleuropäischen Friedens gelten bis auf Weiteres: Nichtinhaltung des Versailler Friedensvertrages durch Deutschland, Unruhen innerhalb Deutschlands, welcher Art immer, die Feststellung von Rüstungsmaßnahmen Deutschlands.

XI.

Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik erklärt sich bei Vorkommen der in Artikel X, Absatz III, festgesetzten Fälle mit den Regierungen in Paris und Warschau für solidarisch.

Die Regierungen der Republik Frankreich, Tschechoslowakei und Polen nehmen zur Abstellung der Vorkommisse gemäß Artikel 10, Absatz 3, gemeinsame Entschließungen an.

Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik verzerrt sich für Aufrichtigkeit und rechte Durchführung von Entschließungen nach Artikel XI, Absatz 2.

XII.

Bei gemeinsamen Vorkommen der Artikel IX, Absatz 1, tritt der ganze Artikel IX außer Kraft.

Unterzeichnet am 8. November 1921.

*

Man kann geteilter Ansicht darüber sein, ob die vorzeitigen Enthüllungen der "Prager Presse" den zwingenden Beweis liefern, daß die Veröffentlichungen des "Berl. Tagbl." Fälschungen sind. Es wäre eine ausgewiesene Parade des als äußerst gewandt bekannten Herrn Benesch, wenn er jetzt das Geheimnis über den letzten Teil der Geheimverträge, den er gleichfalls in den Händen des Prager Blattes weiß, fallen ließe um durch ihre Herausgabe im Selbstverlog die ganze Affäre harmlos erscheinen zu lassen.

Für die Echtheit des Inhalts (wenn auch nicht der Form) der umstrittenen Dokumente spricht zweifellos der Umstand, daß jedermann die Beziehungen zwischen den mitteleuropäischen Staaten als derart geprägt ansieht, daß solche Abmachungen, wie sie in den veröffentlichten Geheimverträgen vorgelesen sind, im Rahmen der gegenwärtigen Situation als durchaus möglich erscheinen.

Der tschechoslowakische Gesandte in Berlin und frühere Ministerpräsident Tusař, einer der gebildetsten Diplomaten der neuen Zeit, hat neuerdings diesen Kernpunkt des strittigen Problems erkannt und in einem Leitartikel der "Boiss. Blg." auf den inneren Widerspruch des Dokumenten inhalt hingewiesen. Wir werden auf seine interessanten Ausführungen noch zurückkommen, die dadurch besonders bemerkenswert bleiben, als sie — wie die folgende Meldung besagt — die letzte Arbeit ihres Autors darstellen.

Das entlarvte Medium.

In den "Psychischen Studien" der von Dr. Skinner herausgegebenen Zeitschrift zum Studium der offiziellen Phänomene schildert Dr. Freiherr von Schrenck-Notzing seine Erlebnisse mit dem Schwindelmedium Ladislao Laszlo in Budapest. Bekanntlich war die Entlarvung Laszlos der Anfang zu einem Generalangriff gegen Okkultismus und Okkultisten. In Wien und in Paris folgten neue Entlarvungen. Die Leichtgläubigkeit und wissenschaftliche Überflächlichkeit der Okkultisten war nach Ansicht ihrer Gegner wieder einmal klar bewiesen, und als war berichtet wurde, daß der schlaue Laszlo die Taschen seines Kontrolleurs von Schrenck-Notzing als Reliquienkammer für seine geisterhaften Stoffe und Gebilde benutzt habe, da erscholl aus den Zeitungen eine Art europäischen Gelächters. Es ist also interessant, zu hören, was Schrenck-Notzing selbst berichtet.

Die Persönlichkeit Laszlos.

Ladislau Laszlo ist ein geistig minderwertiges Individuum. Allerdings an Schlaue und Kündigkeit sucht er seinesgleichen. Er ist von Beruf Elektrotechniker, also recht geeignet für seine spätere Entwicklung zum Medium. Er führt ein ungestes Leben, dient in der polnischen Legion, erleidet im Kriege eine Gasvergiftung, einen Nervenzusatz und mehrere Verwundungen. Er gerät dann in schlechtes Gesellschaft, begibt einen Einbruchdiebstahl, den er unter suggestivem Zwang ausgeführt haben will. Er ist ein Weiberheld, macht einige Selbstmordversuche, einen zusammen mit einem Mädchen, das er während er sie von rückwärts umarmt, erschießt. Vor Gericht gibt er an, alles im Dämmerzustand begangen zu haben. Er irrt angeblich in solchen Dämmerzuständen tagelang in der Stadt umher. Eine fremde hässliche Persönlichkeit soll ihn, wie er sagt, in diese Zustände versetzen.

Die Wunder Laszlos.

Das Haupt der Budapester Okkultisten ist der Oberrechnungsberater im Ministerium Wilhelm Tordai. Ihm wird der interessante junge Laszlo vorgeführt. Und siehe da! Laszlo entpuppt sich als ein Medium in ersten Rängen! Schon in den ersten Sitzungen geben Lichtphänomene von seltnen Schönheit von ihm aus. Kommethefte leichten bewegen sich in Bildschirmen bläulich oder in gewundenen Zügen. Leuchtende Gläsern von Erbsen bis Tambourgrößen zeigen sich in bläulich-grünen Scheinen. Aber es kommt noch mehr! Aus seinem Körper quellen jene rätselhaften Teleplastischen Massen, die im neuesten Okkultismus eine so große Rolle spielen. Es sind schaumartige oder gelatinöse Gebilde, die aus Mund oder Hals des Mediums hervorbrechen, bald aussehen wie zerzauste Wolle, bald wie eine

Gesandter Tusař †.

Der tschechoslowakische Gesandte in Berlin, Dr. Tusař, ist am Sonnabend, den 22. d. M., in den Abendstunden gestorben. Dr. Tusař, der ein Alter von 46 Jahren erreicht hat, war schon seit längerer Zeit herzleidend und hat im letzten Winter in Ägypten Heilung gesucht. Vor kurzem ist er anscheinend erholt nach Berlin zurückgekehrt und nun überraschend gestorben.

Tusař war einer der bedeutendsten tschechoslowakischen Staatsmänner. In jungen Jahren schon hatte er sich der Sozialdemokratie angeschlossen, als deren Abgeordneter er auch dem Parlament der österreichischen Monarchie angehörte. Nach dem Zusammenschluß Österreich-Ungarns und der Bildung der tschechoslowakischen Republik wurde Tusař zum Gesandten in Wien ernannt, um auf Grund seiner ausgewiesenen Beziehungen die Abwicklung mit Österreich-Ungarn durchzuführen. Im nächsten Jahre schon, 1919, befahl ihn der Präsident Masaryk nach Prag, um ihm die Leitung des Kabinetts nach dem Sturz des bürgerlichen Ministerpräsidenten Kramář zu übergeben. Als leitender tschechischer Politiker hat Tusař versucht, die nationalen Gegensätze in der Tschechoslowakei zu mildern, er hat auch die Hochverratsprozesse gegen deutschböhmische Politiker niedergeschlagen. Eine verantwortliche Teilnahme der Deutschen an der Regierung vermochte er aber doch nicht gegen die Widerstände der tschechoslowakischen Parteien durchzuführen.

1921 trat Tusař zurück und übernahm dann den Posten des tschechischen Gesandten in Berlin. Hier hat er eine kluge Vermittelungstätigkeit ausgeübt. Sein letztes Vorgehen war erst vor drei Tagen, als er anlässlich der Veröffentlichungen über die tschechisch-französischen Geheimverträge sofort in der "Boiss. Zeitung" zu dieser Frage Stellung nahm und in scharfem Abwehr die Echtheit der Verträge bestreit. Tusař sagte dem "Berliner Tageblatt" für die von ihm als falsch bezeichneten Geheimdokumente sogar Dank, da dadurch die Möglichkeit geschaffen sei, der öffentlichen Meinung in England und Amerika über die Geheimdiplomatie Aufklärung zu geben.

*

Moskau glaubt an die Echtheit der Dokumente.

W. T. B. meldet aus Moskau: Die vom "Berliner Tageblatt" veröffentlichten angeblichen tschechoslowakisch-französischen Geheimdokumente werden von der Moskauer Presse wiedergegeben, die ihre Meinung dahin ausspricht, daß an der Echtheit der Dokumente nicht zu zweifeln sei.

Finnlands Außenpolitik.

Nach einer Meldung der "Helsingin Sanomat" hielt der frühere Minister des Auswärtigen Finlands Prof. Venälä auf einem Kongress der Fortschrittspartei eine Rede über Finlands auswärtige Politik, in welcher er u. a. folgendes ausspricht: Unsere Bündnispolitik besteht vornehmlich in unserer Sicherheit, falls unsere Selbstständigkeit von irgendeiner Seite bedroht werden sollte. Die Bündnisfrage ist für uns also lediglich eine Schutzfrage. Vor allen Dingen muß man sich in Bündnisfragen nicht von irgendwelchen Gefühlen leiten lassen, sondern auf der Basis einer selbstständigen vaterländischen Politik stehen. Eine Bedrohung unserer Selbstständigkeit ist vor allem von russischer Seite möglich. Wir können nicht gleichgültig ansehen, wie Russland bestrebt ist, seine Streitkräfte ständig zu vergrößern, indem es sich vor allem eine Luftflotte schafft und seine Kriegsflotte ausrüstet und organisiert. Ohnehin sind die russischen Streitkräfte gegenwärtig die größten der Welt.

Welches sind nun die Bündnismöglichkeiten für Finnland? Es gibt hier zwei Versionen: Skandinavien und die baltischen Staaten mit Polen. Unsere alten historischen und kulturellen Beziehungen zu Schweden sind die Ursache dafür, daß so starke Sympathien für ein finnisch-schwedisches Bündnis bei uns zutage treten. Hierzu kommt noch der Umstand, daß wir eine große schwedische Minorität haben. In Betracht wird indessen hierbei gar nicht gezogen, ob Schweden tatsächlich imstande wäre, uns zu unterstützen und unsere Selbstständigkeit an sich zu halten, falls wir für diese mit den Waffen in der Hand eintreten müssen. Auch haben die Erfahrungen der letzten Zeit gezeigt, daß in Schweden wenig Neigung zu einem Bündnis mit uns vorhanden ist. So ist diese Version für den Augenblick wenigstens noch eine Utopie.

Was eine Orientierung nach Süden anlangt, so sind hier mancherlei Versuche gemacht worden, die bisher indessen keine Resultate gehabt haben. In den Beziehungen der baltischen Staaten untereinander sind viele Punkte noch ungeklärt. Ich nenne hier vor allem den polnisch-litauischen Antagonismus, der ein großes Hindernis für den Baltischen Bund darstellt. Wir sind uns darüber vollkommen klar, daß wir alle einmütig den gemeinsamen Gefahren begegnen müssen, und es kann kein Zweifel bestehen, daß die Umstände diese Staaten zwingen werden, einander näherzutreten, sobald von Seiten Russlands die Anzeichen einer gefährdenden Tätigkeit sich bemerkbar machen sollen. Im Augenblick stehen wir indessen hinsichtlich einer Orientierung nach Süden auf einem abwartenden Standpunkt, der durch die unklare allgemeine internationale Lage gerechtfertigt erscheint. Man kann nicht wissen, welche Vereinigungen resp. Überraschungen die europäische Politik in der Zukunft uns bringen wird.

Kaschubische Bauerndelegierte in Warschau

Warschau, 21. März. In der polnischen Hauptstadt ist eine Abordnung kaschubischer Landwirte eingetroffen, die sich um die Erlangung einer langfristigen Anleihe für die kaschubischen Landwirte bei der Regierung bemühen will. Die Delegierten der Kaschuben wurden vom Staatspräsidenten und dem Ministerpräsidenten Grobiski in Sonderreise empfangen. In der Unterredung wurde auch die Frage der unmittelbaren Verbindung der polnischen Seeküste unter Umgehung des Gebiets der Freien Stadt Danzig mit dem übrigen Polen besprochen.

Es handelt sich bei dem letzteren Problem um den bearbeiteten und zum Teil bereits durchgeföhrten (Gdansk-Rozosz) Plan des polnischen Eisenbahnministeriums, das polnische Hinterland mit den wichtigsten Punkten der kaschubischen Seeküste in direkten Linien zu verbinden.

Neue Slandal-Affären vor der Verkehrs-Kommission.

Beamte verpachten eigenhändig staatliches Gelände.

Warschau, 22. März. In der Freitagssitzung der Verkehrs-Kommission wurde wiederum ein neuer großer Skandal besprochen. Danach haben Beamte der Eisenbahndirektionen Radom und Wilna eigenmächtig staatliche Waldungen an private Leute verpachtet. Die Wälder wurden von den "Pächtern" regelrecht ausgeraubt. Geschlagenes Holz wurde angeblich vielfach von den Eisenbahndirectionen kostenlos nach Danzig befördert. Eine nach Wilna zur Unterforschung entsandte Regierungskommission wurde vom dortigen Eisenbahnpräsidenten als holschewistisch verdächtigt, weshalb sie die Regierung zurückrief, als sie gerade ihre Entdeckung beonnen hatte. Des weiteren wurden in der Sitzung große Mißbräuche bei dem Eisenbüro "Orbis" enthüllt, bei dem der nationaldemokratische Senator Adam als Leiter des Unternehmens schwer belastet ist, zumal der Staat bei Verrechnung von Eisenbahnfahrkarten um große Summen geschädigt erscheint. Es stellte sich heraus, daß diese Gesellschaft im Ausland keine eigenen Büros unterhielt. Es wurde deswegen eine Resolution angenommen, welche die Regierung auffordert, den heutigen Vertrag zu lösen und einen neuen einzugehen, der den Verkehrs-Büro verpflichtet, die einlaufenden Summen täglich an die P. A. K. P. einzuzahlen. Die Entdeckungen scheinen größeren Umfang anzunehmen und erregen das größte Aufsehen der Warschauer Öffentlichkeit. Die Rechenschaft schweigt zu den von der Verkehrs-Kommission erhältlichen Veruntreuungen. (Oberschlesischer Courier)

Ein deutsches Bischofswort.

Der Breslauer Kardinal-Fürstbischof Dr. Bertam behandelt in seinem diesjährigen Fastenbrief das gerade für die Gegenwart so überaus wichtige Thema: Arbeitsamt und Arbeitsfreude". Im Schlussabschnitt rüttelt er an seine Diözessanen folgende beherzte Worte ab:

"Da ich von so weitherziger Nächstenliebe rede, sei mir noch ein offenes Wort an meine Diözessanen in Schlesien gestattet.

Wir leben in einem Grenzlande, wo Diözessanen verschiedener Nationalitäten und verschiedener Sprachen sich gegenüberstehen und gemischt untereinander leben. Wenn

siehelfer braucht". Schenk geht — scheinbar? — darauf ein, entlautet ihn aber einen Monat später durch einen Zeitungsartikel.

Inzwischen aber war es auch den Budapester Okkultisten gelungen, den Schwindel László aufzudecken. Nach einer Seance wird er im Badekostüm zum Divan geführt, wo er in Krämpfe versinkt. Während man ihn hinführt, bemerken einige Sitzungsteilnehmer etwas Weißes zwischen seinen Beinen. Man untersucht nach seinem Abgang den Divan und findet unter der Decke — eine bleistiftdünne Rolle Verbandsstoff (Teleplasma). Der Stoff wird wieder an dieselbe Stelle zurückgelegt. Wie erwartet, kommt László bald zurück und untersucht den Divan unter dem Vorwand, daß er seinen Verlobungsring verloren habe. Dann verläßt er wieder das Badezimmer und — der Verbandsstoff war mit ihm verschwunden. Er war entlarvt.

Wie der Schwindel vor sich ging.

László gestand, daß sämtliche beobachteten und photographierten Phänomene Schwindel waren. Drei Herren: ein Maler Etel Sassy, ein Arzt und ein Jurist, ständige Teilnehmer der Seancen, waren seit anderthalb Jahren seine Helfershelfer. Besonders der Maler Etel Sassy hatte eine teuflische Freude daran, die würdigen Herren hereinzulegen. Er versorgte László mit allen Utensilien und stellte sie ihm während der Sitzung zu.

Was half es, daß man ihm Nitroxin gab und seine Leibeshöhlen untersuchte? Er hatte im Bett seines Kabinett einen Gumminginger, in dem wohlgeordnet und aufzimmert waren: László wird von vier Herren der Kommission ganz entkleidet. Sämtliche Körperhöhlen werden gründlich untersucht. Nach dem Anlegen eines Badetrikots wird László in ein kleines Zimmer geführt, das nur ein etliches Bett, einen Tisch, einen Stuhl und ein Nachgeschirr enthält. Er bekommt 25 Gramm Rizinusöl und wird von diesem Zeitpunkt an die ganze Nacht von zwei Personen bewacht. Wenn er ins WC geht, wird er begleitet und vorher und nachher untersucht. Nachdem das Rizinusöl gebracht hat, wird ihm von einem Arzt der Magen angesäuert. Wird er dann in den Untersuchungsraum geführt, so werden seine Hände bei seinen Tranceerscheinungen gehalten. Und — wieder erscheint das Teleplasma aus seinem Munde — Kopfe, Hände. Alles ist bei dem Blick einer roten Lampe genau sichtbar, es wird photographiert. Das Teleplasma wird beschrieben: es ist kalt und schlüpfrig. Von Schrenck-Notzing glaubt an die Echtheit der Erscheinungen, wenn er auch ein gewisses Misstrauen nicht überwinden kann.

Die Entlarvung.

Unter den Bühnern des Vortrages befindet sich auch der Professor der Telepathie Eugen Schenk, ein professioneller Hypnotiseur, der seine Schaustellungen etwa so affiziert: Alle Haare werden Ihnen zu Berge stehen, wenn Sie dem Vortrag des altbewährten Professors Schenk besuchen... Er stellt László den Antrag, mit ihm eine Welttournee zu machen. László willst Gelb. Er geht darauf ein, gesteht aber Schenk, daß er schwindelt und einen Gel-

modie, als ein krasser, grausamer Nut, als ein Versuch, den Okkultismus durch Lächerlichkeit "ad absurdum" zu führen.

Das ganze entpuppte sich als eine groß angelegte Ko-

Bromberg, Dienstag den 25. März 1924.

Pommereilen.

Kein gesetzlicher Feiertag.

Der Feiertag „Mariä Verkündigung“, Dienstag, 2. März, gilt nicht als gesetzlicher Feiertag. Die Schulen halten deshalb auch den ordnungsmäßigen Unterricht ab und die kaufmännischen Verbände haben ihren Mitgliedern mitgeteilt, daß die Geschäfte offen gehalten werden können.

Deutsche Wählerversammlungen

finden am 26. und 27. März statt in Culmsee (Chelmza), Schönsee (Kowalewo) und Gosslershausen (Zabłonowo). Näheres in der Anzeige.

24. März.

Graudenz (Grudziadz).

* Der Gaspreis. Das Gaswerk gibt bekannt, daß der Gaspreis für März derselbe wie für Februar bleibt, und zwar 0,84 Goldfranken bzw. 800 Millionen Mark für 1 Kubikmeter. Für Monat April wird unter Berücksichtigung der neuen Kohlenpreise eine entsprechende Gaspreiserhöhung stattfinden, welche in den nächsten Tagen bekanntgegeben wird.

□ Zum Umgangstermin ist die Nachfrage nach Wohnungen sehr groß. Besonders von außerhalb kommen Mieter, bieten hohe Preise und Entschädigungen, und doch ist es ihnen meist nicht möglich, eine Wohnung aufzutreiben. Man muß sich mit möblierten Zimmern behelfen.

A. Eine große Nachfrage nach Lehrstellen im Handwerk ist hier zu verzeichnen. Besonders Schlosser und Maschinenbauer werden von jungen Leuten überlaufen, die um Aufnahme bitten. Leider ist der Andrang so stark und die Arbeitsaufträge so gering, daß nur in den seltensten Fällen Lehrlinge eingestellt werden können.

A. Der Abbruch des ehemals Rastkowskischen Hauses in der Pohlmannstraße ist beendet. Das schon sehr altersschwache Nachbarhaus, zu dessen Schutz und Stütze die Brandmauer stehen mußte, wird nicht abgebrochen, sondern ausgebaut und eingebaut. Da es nun zwei Fronten bekommt, können im Erdgeschoss statt des einen mehrere Bäder untergebracht werden.

■ Auf der Weichsel treiben wieder Eisbößen. Ein weiteres Steigen des Wassers ist nicht erkennbar.

□ Im Schulischen Hafen herrscht noch vollständige Ruhe. Er ist vollständig mit Eis bedeckt. Außer dem Strombau-dampfer „Grudziadz“, dem Schulischen Dampfer „Courier“, bemerkte man noch den großen Raddampfer „Charlottenkai“ sowie mehrere große Schleppkähne, den Stationskohlenkahn der Wasserbauverwaltung und die städtische Badeanstalt. Auch das auf mehreren Röhren erbaute Hebegeleift des Kriesbrückenabbruchs ist dort untergebracht. In früheren Jahren nahmen die Weichselfahrzeuge um diese Zeit im Hafen die ersten Ladungen, ja manche Schiffe, die von kurzer Fahrt kamen, wurden sogar schon entladen. Besonders aktive Weiden und Städte gehörten zu den ersten Wassertransvorten.

e. Die Gasbeleuchtung in den Straßen ist schon seit langer Zeit ganz abgestellt. Es sind nun auch sämtliche Laternenständer aus den Straßen entfernt. Die an Stelle der Gasbeleuchtung eingerichtete elektrische Straßenbeleuchtung, die hauptsächlich nur an den Straßentrennungen und in den Hauptstraßen vorhanden ist, kann die frühere Beleuchtung nicht voll und ganz ersetzen. Da die Scharfensterbeleuchtung wegen des früheren Geschäftsschlusses auch früher aufhört, ist es für den Fremden schwer, sich des Nachts zurechtfuinden.

* Gestohlenes Eisen von der abgebrochenen Weichselbrücke hatte der Kaufmann Stefan B. aus Graudenz aufgekauft. Die Strafkammer in Graudenz bestrafte ihn mit einem Monat Gefängnis.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Vortrag über Hebbel als Lyriker. Herr Paul Dobbermann aus Bydgoszcz, der Herausgeber des „Deutschen Heimatboten in Polen“, wird am kommenden Montag, den 21. d. M., im kleinen Saale des Gemeindehauses einen Vortrag über „Friedrich Hebbel als Lyriker“ halten. Herr Dobbermann ist ein gewandter und interessanter Redner, der den Vortrag durch eine Reihe von Rezitationen noch besonders beleben wird. Da der Vortrag zu Spenden für arme Schüler vermehrt werden soll, kann wohl damit gerechnet werden, daß ihn alle Kreise besuchen werden.

Deutsche Bühne Grudziadz. Auf die am Mittwoch, den 26. d. M., stattfindende letzte Aufführung der Operette „Schwarzwaldmädel“ wird nochmals hingewiesen. Bei der vorzüglichen Besetzung, mit der gerade diese Operette gegeben wird, sollte sich niemand diesen hier selten gebotenen Genuss entgehen lassen. Wie schon erwähnt, wird sich bei dieser Aufführung Herr Eckert-Mohr vom Graudenser Publikum als Sänger verabschieden; dadurch erhält diese letzte Aufführung des „Schwarzwaldmädel“ noch eine besondere Bedeutung. Eine ganz besondere Bedeutung erhält diese

Aufführung des „Schwarzwaldmädel“ dadurch, daß die so sehr beliebte Mitwirkende, Fräulein Leni Pfister, am Mittwoch, den 26. d. M., auch zum letzten Male auftreten wird. (15065)

Wer von den Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für April 1924 noch nicht bestellt hat, wolle das Abonnement heute noch bei dem zuständigen Postamt erneuern.

Thorn (Tornu).

Zahlung der Wasser- usw. Gebühren. Der Magistrat Thorn gibt bekannt, daß ab 24. März sämtliche Zahlungen für Wasser, sowie Wassermesser- und Kanalgebühren in der städtischen Hauptkasse zu machen sind.

+ Witterungsbumschlag. Das Thermometer ging in der Nacht zu Sonnabend nur etwas unter den Nullpunkt hinunter und zeigte am Tage selbst, obwohl keine Sonne schien, mehrere Grad Wärme. In den Hauptverkehrsstraßen hatte verstärkter Reinigungsdienst bereits für Abfuhr des noch gestorbenen Schnees gesorgt.

+ Von der Weichsel bei Thorn. Der Wasserstand ist weiterhin zurückgegangen und betrug am Sonnabend Morgen 2,03 Meter über Null. Die infolge der Hochwasserwelle vom Uferrand abgelöste Eisdecke ist mit dem fallenden Wasser wieder näher ans Ufer gekommen und hat sich durch den strengen Frost der letzten Nächte ernst etwas verstärkt. Am Freitag und Sonnabend konnte man verschwundene Personen beobachten, die das überschreiten der Weichsel wieder riskierten. — Den beiden in der Nähe der Defensionskaserne befindlich gewesenen Petroleumtankfählen ist der Rückzug in den Winterhafen durch die eigens dazu aufgebrochene Rinne möglich gewesen, so daß sie jetzt nichts mehr bei einschendem Eisstreifen zu befürchten haben.

+ Konzertabend. Am Mittwoch vergangener Woche (19. März) veranstaltete der Organist der hierzuliegenden evangelischen Gemeinde und Dirigent des ältesten Gesangvereins „Thorner Niedertafel“, Herr Otto Steinwender, ein Gesangskonzert in der Aula des Gymnasiums. Mitwirkende waren die hierzuliegenden Kunsträte Frau Helene Davitt (Sopran) und Fr. Traute Steinwender (Alt), ferner Fr. Henry Tober (Mezzosopran). Die Vortragsfolge brachte Werke der bekanntesten Liederkomponisten wie Strauss, Reger, Wolf, Schumann, Brahms und Franz, mache ferner mit einigen Liedern des Veranstalters bekannt („Nachts in der träumenden Stille“, „Bögleins Sehnsucht“, „Der besehnte Baum“ für Alt, Tanträder für Mezzosopran und Tenor, den Herr Steinwender sang) und vermittelte auch die Kenntnis zweier etwa aus den Jahren 1400 und 1515 stammender Volkslieder für gemischtes Quartett, von Weinreich bearbeitet. Den Schluss bildete ein volkstümliches Quartett „Hab Sonne im Herzen“. Die Begleitung am Flügel hatte mit Ausnahme der Duette, die er selbst mit sang, Herr Steinwender übernommen. Die durchweg vorzüglichen Leistungen veranlaßten die in großer Zahl erschienenen Zuhörer zu lebhaften und herzlichen Beifallsbezeugungen.

+ Die Abfuhr des Hansmills erfolgt fast ausschließlich in offenen Kästen wegen, wie man hier seit längerer Zeit beobachten kann. Daß dieses Verfahren gesundheitsschädliche Folgen haben kann, zumal bei Eintritt wärmerer Witterung, liegt auf der Hand. An den bisher benutzten geschlossenen Spezialwagen hatte der „Bahn der Zeit“ beträchtlich „genagt“. Es steht zu hoffen, daß diese Wagen noch ausbesserungsfähig sind.

+ Einen beträchtlichen Verlust hat ein Thorner Herr zu beklagen, dem dieser Tage im Warschauer Zug eine lederne Handtasche mit wertvollem Inhalt gegen eine ähnlich aussehende, leere Tasche vertauscht wurde. Die „Verwechslung“ muß absichtlich erfolgt sein, denn der Täter hätte an der Schwere der Tasche merken müssen, daß es nicht die seine sein konnte.

+ Um sein wichtigstes Handwerkszeug beizubehalten wurde der auf der Chelmirska Szosa (Culmer Chaussee) Nr. 154 wohnhafte Seilermeister Szalowski. In der Nacht zum 21. d. M. wurden ihm aus dem verschloßenen Stalle drei Schafe geholt (siehe Stahlzinken) gestohlen, so daß er nicht mehr weiterarbeiten kann. Man weiß noch nicht, ob es sich um einen Raubkakt oder einen Dummenjungenstreich handelt.

* Dirschau (Drews), 22. März. In einer recht traurigen finanziellen Lage befinden sich unsere Weichselfließer zur Zeit. Seit Beginn der Frostperiode, das sind jetzt rund 18 Wochen, also ein Vierteljahr, können sie ihrem an und für sich schwierigen Gewerbe nicht mehr nachgehen, da auch nach Aufbruch der Fahrrinne auf der Weichsel immer noch an den Ufern und Buhnen sich

durchweg breite Eisläden hinziehen, die es den Fischer unmöglich machen, Netze oder Reusen auszustellen. Auch auf den Märkten macht sich das fast gänzliche Fehlen von Fischen unliebsam bemerkbar, namentlich jetzt in der Fastenzeit.

h. Grudziadz, 21. März. Ein heftiges Schneegestöber ging am gestrigen Tage nieder, das mit seinen Schneemassen erneut Weg und Steig verschüttete. — Händler abgeschnitten haben in voriger Woche hiesige Händler in ihnen mit ihrem Geschäft. Auf dem Wochenmarkt lauschten sie in größeren Mengen Eier an, und fuhren damit nach Graudenz, um selbige gut loszuschlagen. Dort angekommen, mußten sie die Erfahrung machen, daß der Preis für Eier inzwischen gefallen war, und sie waren gezwungen, ihre Ware noch unter dem Einkaufspreise abzugeben. Dazu das teure Eisenbahngeld gerechnet, ergab eine nicht geringe Einbuße.

* Konitz (Chojnice), 22. März. Zu dem Morde in Brünz wird berichtet, daß der Ebertowski sich bei seinem Selbstmordversuch mit dem Messer leicht an der Kehle verletzt hat. Zurzeit liegt er unter Polizeibewachung im hiesigen Krankenhaus. In seinen Wahlvorstellungen hält er sich selbst für den Teufel in Menschenform und wiederholt immer wieder, daß er sich deßhalb das Leben nehmen müsse und es auch bei der nächsten Gelegenheit tun werde. Im Laufe des heutigen Tages wird er nach Konradstein gebracht werden.

Neuenburg (Nowe), 22. März. Der letzte Sonnabendvormittag brachte wohl viel Verkehr, aber wieder nur wenig allgemeine Zufuhren. Butter war in so reichen Mengen vorhanden, daß deren Preis von anfangs 3,5 Millionen auf 3 Millionen M. zurückging. Bei immer noch weiteren Auslieferungen wurden 2,8 Millionen geboten, jedoch blieben dann die Reststände unverkauft und wurden zurückgezogen. Hier kosteten 2—2,3 Millionen M. die Mandeln. Ein ziemlich großes Quantum Kartoffeln stand wenig Käse für 5 bis 6 Millionen der Bentner; auch deren Preise mußten wohl wegen wenig befriedigender Qualität zurückgezogen werden. Der Preis für ein 5-Pfund-Brot ist weiterhin von 1,25 auf 1,3 Millionen M. gestiegen. — Seit kurzem ist der Unterricht in unserer Stadtsschule für alle Klassen wieder voll aufgenommen worden.

* Stargard (Starogard), 22. März. Tödlich verunglückt ist in dem staatlichen Forstdistrikt Nörbert Płoszowic im Kreise Stargard der Pferdekrat Nörbert Płoszowic vom be nachbarten Gut Spangau. Er war dort mit mehreren Gespannen beim Absfahren von Langholz beschäftigt, wobei er auf einer abschüssigen Wegstelle beim Misslaufen umfiel und unter die Räder des schwer beladenen Wagens geriet. Er erlitt hierbei so schwere innere Verletzungen, daß er auf dem Wege nach Spangau verstarb. Er hinterläßt eine Witwe mit zwei unverwirgten Kindern.

Konkretpolen und Galizien.

* Warschau, 20. März. Im vorigen Jahre eregte hier die Ermordung des Advoaten Medlenburg großes Aufsehen. Medlenburg war homoseksuell veranlagt, und man nahm damals an, daß eines von seinen Opfern die Tat aus Raubabsichten verübt hätte, worauf verschiedene Verdächtige festgestellt und verurteilt wurden. Der Mörder verschwand, obgleich die Polizei hinter verschiedenen verdächtigen Personen Steckbriefe erließ. In diesen Tagen wurde nun ein gewisser Bronislaw Chrucinski unter dem Verdacht der Fälschung von Scheinen verhaftet. Dieser Chrucinski leitete die Aufmerksamkeit auf sich in öffentlichen Lokalen, wo er sich häufig in Gesellschaft von weiblichen Personen sehen ließ, dadurch, daß er seine Rechnungen niemals bar, sondern immer nur in Scheinen bezahlte. Da sich indessen diese Scheine, die auf die Bank Przemyslowy ausgestellt waren, als gefälscht erwiesen, wurde Chrucinski verhaftet. Es wurde bei ihm ein Scheindokument gefunden, das noch im Jahre 1921 durch die Bank Przemyslowy ausgestellt worden war. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß Chrucinski seinerzeit zu den sehr Verdächtigen im Zusammenhang mit der Ermordung des Advoaten Medlenburg gehörte, aber er war damals entflohen und man konnte ein Verfahren gegen ihn nicht einleiten.

* Łódź, 20. März. Hier brach in der Wohnung des Israel Neimann, Maja 18, Feuer aus, das von der Feuerwehr gelöscht wurde. Wie es sich herausstellte, entstand das Feuer durch Unvorsichtigkeit Neimanns, der schlafen gegangen war, ohne das Licht ausgelöscht zu haben. Als er bereits eingeschlafen war, sprang sein Kater auf den Nachttisch und warf das Licht aufs Bett, das sofort Feuer fing. Neimann schloß so fest, daß er erst aufwachte, als das Bett in Flammen stand. Glücklicherweise kam er mit leichten Brandwunden davon.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 22. März 1924 in Krakau — (1,64), Jawischost + 1,87 (1,90), Warschau 2,22 (2,25), Plock 1,78 (1,81), Thorn 2,03 (2,16), Gorden 1,42 (1,57), Culm 3,46 (3,58), Graudenz 2,34 (2,49), Kurzefeld 2,21 (2,40), Montau 1,53 (1,58), Piešel 1,62 (1,68), Dirschau 1,71 (2,00), Einlage 2,20 (2,26), Schiewenhorst 2,30 (2,60) Meter. Die in Glämmern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Thorn.

Neuer, guter Cheviotrock

dunkelblau, 90 cm lang, alter Schrank u. Bettstelle zu verlaufen. Belebung ab 1511 Dom, Nowe, Pomorze.

Evol. Mädel das die

ganze Hauswirtschaft übernimmt, sucht von 1. 4.

Stell. in l. Haush. Off.

„A. 41049“ an Ann.

Exped. Wallis, Toruń.

1 starke, dunkelbr.

Gute gelbe

Santlupinen

gegen Roggen bzw.

Gemenge gibt ab

Bäcker,

Lanawo bei Podwiesl,

pow. Chelmno. 6111

Gut bewurzelte, aus

etwa Samen, 2-jährige

Kiefernfrüchte

billig zu verkaufen.

Dmitrowski,

Miechowica

(fr. Miechowice) 59, Hof.

Bahnhofstation Runow.

15129

Schieberpapier

für Ringofenanziegeleien,

speziell leicht, Sonder-

Anfertigung, in Rollen

150 cm hoch.

2106

Moritz Maschle,

Grudziadz, Telt. 351.

Montag, 31. März 1924

abends 8 Uhr, wird im

kleinen Saale des

Gemeindehauses Herr

Paul Dobbermann

aus Bydgoszcz,

Herausgeber des

Deutsch. Heimatboten

in Polen“, einen Vor-

trag halten über:

Friedrich Hebbel

als Schriftsteller.

Eintrittskarten je

2 Millionen in dem

Geschäftszimmer der

Deutschen Bühne, Mi-

cławica (Bohdmann-

straße) 15. Der Rein-

tritt wird als Sti-

ckleiter verwendet werden.

15129

Der Staatsanwalt hat das Wort.

Die Begründung der Strafanträge im Hitler-Prozeß.

Am Freitag, den 21. d. M., wurde die Beweisaufnahme geschlossen und die Staatsanwaltschaft eröffnete das Plädoyer. Zuerst nahm der Erste Staatsanwalt Dr. Stenglein das Wort zu folgenden Ausführungen:

Überblick man die Ereignisse vom 8. und 9. November, so sieht man vom vaterländischen Standpunkt tief bedauerliche Tatsachen: 1. Die Spaltung zwischen den rechtstreuenden Organisationen, die Verurteilung des einen, der nur um eine Linie vom Standpunkt des anderen abweicht. Den zweiten schädlichen Standpunkt sehe ich in dem brennenden Eifer der Jungen, die glauben, daß man das Reich mit einem Schlag wieder aufrichten kann. Das gilt für die Jugend besonders. Sie braucht Geduld mit zusammengebissenen Zähnen, sie muß warten, bis die Stunde reift.

Ein Staat, in dem keine Achtung vor den Gesetzen besteht, ist schweren Erschütterungen ausgesetzt, und selbst ein hohes Ziel rechtfertigt nicht verbrecherische Mittel. Die Gegnerschaft gegen die Verfassung, mag sie auch in den Kreisen der Angeklagten berechtigt erscheinen, darf niemals zum Verbrechen führen. Gewiß war die Verdränigung der Fürsten durch die Volksbeauftragten ein Hochverrat, aber das Gesetz, das bis dahin die monarchistische Staatsform schützte, schützt auch die republikanische.

Hitler selbst hat ausgeführt, daß der Hochverrat stets nur bestraft wird, wenn er nicht restlos gelingt, und das ist hier der Fall. Zuerst

das Problem Kahr, Löfflow und Seitzer.

Ob die Herren sich an diesem Unternehmen beteiligt haben, ist für das Urteil belanglos. Zu dem eingehenden Ermittlungsverfahren wurde auch das Verhalten der drei Männer geprüft. Eine öffentliche Anklage gegen sie ergibt sich daraus nicht. Ihre Rechtfertigung, daß sie nur begeistert hätten, um dann den Putsch niederschlagen zu können, war glaubwürdig. Zu einer Auseinandersetzung der Verfassungsänderung ist es bei Kahr, Löfflow und Seitzer nicht gekommen. Es wird neuverdacht die Strafschuldigkeit der drei Herren geprüft. Das geschieht mit aller Sorgfalt. Kahr, als Inhaber der Staatsgewalt, Löfflow und Seitzer hatten die wichtigsten Ämter und Rechte im Staat. Während die übrigen vaterländischen Organisationen sich hinter Kahr stellten, suchte der „Kampfbund“ unter Hitler eine Sonderstellung zu erringen. Man trat Hitler nicht so hart entgegen und steigerte so seine Aktionslust. Die Loyalitätsaus Sicherung des „Kampfbundes“ war nicht ausreichend. Hitler hat die drei Männer in die schwerste Verantwortlichkeit mit Gewalt hineingestochen. Hitlers bewaffnetes Auftreten im Bürgerbräu bewies, daß es ein Zurück für ihn nicht gab. Zum Schein haben Kahr, Löfflow und Seitzer ihre Zustimmung gegeben zur Rettung des bedrohten Staates. Hierüber wird das Ermittlungsverfahren Aufklärung bringen. Mag man die drei Herren beurteilen wie man will, die Verantwortung ruht auf der Gewalttat der Angeklagten. Wie stand es nun mit dem Marsch nach Berlin? Es sollte unter Einsetzung der Machtmittel Bayerns und der norddeutschen Faktoren ein Reichsdirektorium geschaffen werden. Ohne Zutun von Kahr, Löfflow und Seitzer war der Ruf in den nationalen aktiven Kreisen „auf nach Berlin“ zu einem Kampftag geworden, und es mag sein, daß wohl vorübergehend die Führer des „Kampfbundes“ eine Übereinstimmung mit Kahr, Löfflow und Seitzer annahmen. Nach den ersten Novembertagen war man klar, daß das Ziel auseinanderging.

Der Erste Staatsanwalt fuhr fort: Kahr konnte als ernstlicher Mitarbeiter für die Angeklagten nicht in Frage kommen. Hitler gewann die Überzeugung, daß die drei Herren mit ihm nicht mitmachen, hielt sich zur Tat berechtigt und fühlte sich durch die auf höchste gefeierte Aktionslust seiner Freunde dazu gedrängt. Am 6. November hatten Kahr und Löfflow mitgeteilt, daß sie jeden Putsch blutig niederschlagen würden, und einen Tag später erklärte Kriebel im Kampfbund, daß er sich trotzdem neben Hitler stelle. Das ist nicht fortzuleugnen. Hitler hat im Bürgerbräu die nationale Revolution und den Marsch nach dem Sünderhafen Berlin verhindert, er hat die Minister festnehmen lassen. Seine Art des Auftretens war auf die Brechung des Widerstandes der drei Männer Kahr, Löfflow und Seitzer eingestellt. Den Urhebern der Aktion war am 6. und 7. November klar, daß Kahr, Löfflow und Seitzer eine gewaltsame Lösung der deutschen Frage nicht wollten. Ich räume den Angeklagten ein, daß sie die Zustimmung Kahr, Löfflow und Seitzers im Bürgerbräu ernst nahmen. Zu den Gingewiehnen rechnete dabei Hitler, Weber, Pöhner und Kriebel. Die Angeklagten wußten, daß Herr Kahr nicht die Reichsregierung absetzen konnte; ohne Hochverrat zu begehen. Den Herren v. Kahr, Löfflow und Seitzer ist solche Absicht auch nicht nachgewiesen, wohl aber den Angeklagten.

Die Einstellung der Angeklagten ist antirepublikantisch. Der Marsch nach Berlin sollte die Umgestaltung im Reich bringen und damit auch eine Änderung der bayerischen Verfassung. Das ist in der deutschvölkischen Presse und von Hitler auch offen zugegeben worden. Man hat ja auch alle bayerischen staatlichen Stellen beim Putsch ausgeschaltet und so die Verfassung verletzt. Die Angeklagten behaupten, daß in Bayern die Reichsverfassung nicht mehr bestand. Das ist falsch. Auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung war der Ausnahmestand verlängert und der Generalstaatskommissar eingesetzt, der aber nicht diktatorische Befugnisse hatte, sondern dem Gesamtministerium unterstellt war.

Der bayerische Ausnahmestand bestand neben dem Reichsausnahmestand zu Recht. Es ist unzutreffend, daß Kahr sich alle Staatsgewalt angehn habe. Der Löfflow-Konflikt war ein politischer Konflikt und die Inhaftnahme der Truppen ist nicht von Herrn v. Kahr angeordnet worden. Niemand kann also behaupten, daß die Reichsverfassung hier ausgeschaltet war. Die Angeklagten wollten auch nur Bayern als Sprungbrett für den Sturz der Reichsverfassung benutzen.

Hitler und Ludendorff.

Aus einfachen Verhältnissen ist Hitler der Begründer einer großen Partei geworden. Über seine Parteipolitik habe ich nicht zu urteilen. Sein Bestreben aber, in einem unterdrückten Land das Nationalgefühl zu erwecken, bleibt sein Verdienst. So ist er kein Demagog im schlechten Sinn des Wortes. Anfänglich hielt er sich frei von persönlichem Streben nach Macht. Später aber unter der Verhimmelung gewisser Kreise hat er sich befehlungslos über seinen zugewiesenen Kreis hinausreichen lassen. Er hat sich als Diktator aufgespielt, Ämter vereitelt und sich die Leitung der Reichspolitik angemahnt. Er hat Geiseln festgenommen und Käsern befehlt. Er hat Gelder beschlagnahmt und er und Ludendorff gaben den Ausschlag zu dem bewaffneten Zug in die Stadt, der blutige Zusammenstoß auslöste. Der Zug war der letzte Versuch, das Unternehmen zu halten. Hitler hat sich dadurch des Hochverrats schuldig gemacht und schwere politische Folgen herausbeschwert, Verluste an Menschenleben sind entstanden. Hitler ist hochbegabt und gibt sich seiner Idee bis zur Selbstauflösung hin. Ich glaube, daß Eigeius zu ihm fern lag. Auch bei der Tat gab es keine Begeisterung den Ausschlag. Als Menschen können wir Hitler unsere Hochachtung nicht versagen.

Nun zu General Ludendorff. Am 8. November haben wir Ludendorff vernommen und ich fasse meinen Eindruck so zusammen: Ludendorff hat sich auch da, wo er gegen das Gesetz verstieß, als ganzer deutscher Mann erwiesen. Sein Feldherrnhum bleibt unberührt. Er stellte sich an die Spitze des Zuges, um sich den Angeln zuerst auszusetzen. Ein großer Mann! Aber das Gesetz hat auch er verletzt. Von der Absicht des Putschs will Ludendorff nichts gewußt haben, und das kann ihm nicht widerlegt werden. Aber Ludendorff hatte vorher deutlich zu erkennen gegeben, daß er eine völkische Erhebung mitmachte und er wußte, daß es sich um eine Gewalttat handelte. Er stellte sich sofort auf Hitlers Seite und redete Kahr, Löfflow und Seitzer zu, und übernahm das Amt als Führer der nationalen Armee. Ludendorff wußte um die Besetzung der Minister. Bei der Infanterieschule wurde offensichtlich mit Ludendorffs Namen Missbrauch getrieben, aber er hat die Offiziere dann doch verwandt. Er gab Befehl zur Besetzung des Wehrkreiskommandos. Ausschlaggebend ist seine Willensrichtung. Er trat nicht in die neue Regierung ein, sondern er wollte nur die Armee befehligen. Er hat sich also der Beihilfe schuldig gemacht. Demgegenüber steht die Reinheit seines Wollens und die Dankesschuld des Vaterlandes gegen den großen Feldherrn.

Die anderen Angeklagten.

Die Anklagevertretung gegen die übrigen Angeklagten erfolgte durch den zweiten Staatsanwalt Hardt, der erklärte:

Kriebels Einstellung ist durch sein Rundschreiben klar. Er hat entschieden auf eine gewaltsame Lösung der Frage gedrängt. Er hat militärische Befehle gegeben und war Ludendorffs Stabschef. Kriebel ist der Mittäterschaft des Hochverrats schuldig. Seine Verantwortlichkeit ist besonders groß. In seiner Person sind strafmildernde Gründe gegeben. Er war ein tüchtiger Offizier im Felde, seine Teilnahme am Unternehmen gehabt aus ehrlicher Begeisterung und er gibt alles zu.

Pöhner war der Posten eines Ministerpräsidenten angeboten. Er nahm an. Er überrumpelte Kahr, Löfflow und Seitzer, redete dann in Hitlers Sinn auf sie ein. Er beteiligte sich weiter an politischen Besprechungen, versuchte das Polizeipräsidium zu nehmen und hat sich somit des Hochverrats schuldig gemacht. Pöhner glaubte ehrlich an den Sieg der völkischen Sache. Er hat sich im Krieg und im Frieden bewährt. Zu seinen Gunsten spricht, daß er die Plünderungen zu verhindern suchte. Aber als Beamter hatte er sich dem Freistaat Bayern verpflichtet, und es ist unschön aufzufallen, daß er als oberster Richter sich des Hochverrats noch rühmt.

Nun zu Frick, der mit Pöhner eng befreundet war. Die Kombination, daß Frick beim Umsturz Polizeipräsident werden sollte, lag in der Luft. Er ist auch von dem Vorfall im Bürgerbräukeller sofort benachrichtigt und von Pöhner dann Herrn v. Kahr sofort als Polizeipräsident vorgeschlagen worden. Da er eine Alarmierung der Polizei und Reichswehr unterlassen hat, hat er sich der Beihilfe zum Hochverrat schuldig gemacht, zumal er als Jurist wissen mußte, daß ein legaler Putsch nicht möglich sei. Eigennützige Beweggründe werden ihm nicht vorgeworfen, doch hat er gerade als Beamter seine Staatspflicht gräßlich verletzt.

Ich komme zu Weber, der der politische Leiter des Kampfbundes war und der den Befehl zum Putsch mit gegeben hat. Er hat an allen Besprechungen im Kampfbund teilgenommen und stets versucht, die Entscheidung in „schwarz-weiß-rotem“ Sinne herbeizuführen. Er hat die Mitglieder des Freikorps Oberland alarmiert, war in der Polizeidirektion und im Wehrkreiskommando. Er beteiligte sich auch an dem Demonstrationstag, obwohl er wußte, daß Kahr, Löfflow und Seitzer auf anderem Standpunkt standen. Er wußte, daß der Putsch nur möglich war, wenn die bayerische und die Reichsverfassung geändert würden. Er ist des Hochverrats schuldig. Sein Verbrechen ist um so größer, als auch er Beamter ist.

Der Angeklagte Röhm ist der Leiter der „Reichskriegsflagge“. Ein schlüssiger Nachweis, daß Röhm vor dem 8. November schon von dem Unternehmen wußte, ist nicht erbracht. Er befehle das Wehrkreiskommando und ließ es gegen die Reichswehr mit der Waffe verteidigen. Er hat der Staatsgewalt mit offener Gewalt Widerstand geleistet, obwohl er aktiver Reichswehrhoffnung gewesen war. Das ist strafverschärfend. Zu seinen Gunsten spricht nur, daß er „an die völkische Sache glaubte“. Er hat sich der Beihilfe schuldig gemacht.

Der Angeklagte Brückner hat Beihilfe zur Verfassungsänderung geleistet. Auch ihm wird zugestanden, daß er nicht unedel gehandelt hat.

Der frühere Lieutenant Wagner war Angehöriger der Infanterieschule und lernte als solcher Kochbach kennen. Er besuchte dann Hitlers Versammlungen, war mit mehreren Kameraden bei Ludendorff und gewann dort den Eindruck, daß die völkische Sache siegen würde. Er wurde in den Putsch eingeweiht und war bereit, mitzuholzen. Er gewann die Infanterieschüler für das Unternehmen und verheimlichte seinen Vorgesetzten alle Vorbereitungen in der Infanterieschule selbst. Wagner wollte das Generalstaatskommissariat besetzen. Vermehrungswert ist, daß die Stammoffiziere die Infanterieschüler zu überzeugen suchten, daß die Reichswehr nicht mitmache, und viele Offizierschüler haben daraufhin von dem Putsch abgelaufen. Wagner aber bestand darauf, und er schloß sich sogar dem Zuge in die Stadt an, mit der Erklärung, man werde ja sehen, ob die Reichswehr und Polizei auf nationale Männer schließen werde. Wagners Verhalten bedeutet Beihilfe zum Hochverrat. Ihm wird besonders zur Last gelegt, daß er als junger Offizier sich darüber hinweggesetzt hat, daß er dem Reich und dem Staat Treue, seinem Vorgesetzten Gehorsam schuldig war.

Der lezte Angeklagte, Oberleutnant Pernet, hat als Sohn Ludendorffs den Lieutenant Wagner zur Befreiung ins Oberkommando eingeladen. Das Pernet schon damals Kenntnis von dem Verlauf der Dinge hatte, kann nicht angenommen werden. Abends hat er dann seinen Sohn in den Bürgerbräukeller geholt und hat am nächsten Tag für Hitler Geld beschlag nahm und so Beihilfe zum Hochverrat geleistet. Strafmildernd ist für ihn nur, daß er als Sohn des Angeklagten Ludendorff handelte.

Hierauf erhob sich der Erste Staatsanwalt Stenglein und stellte folgendes, bereits in unserer letzten Ausgabe mitgeteilten

Strafantrag:

Ich beantrage, sämtliche Angeklagten schuldig zu sprechen, und zwar: Hitler, Pöhner, Kriebel und Dr. Weber wegen gemeinschaftlichen Hochverrats aus §§ 81 und 82 St.-G.-B., General Ludendorff, die Angeklagten Frick, Röhm, Brückner, Wagner und Pernet et der Beihilfe zum Hochverrat. Im einzelnen beantrage ich gegen Hitler acht Jahre Festung, gegen Pöhner, Kriebel und Dr. Weber je sechs Jahre Festung, gegen Ludendorff zwei Jahre Festung (sachte Bewegung im Saal), gegen die Angeklagten Frick und Röhm je zwei Jahre Festung, gegen Brückner und Wagner je ein Jahr sechs Monate, gegen Pernet ein Jahr drei Monate Festung. Die erlittene Untersuchungshaft ist allen Angeklagten in voller Höhe anzurechnen.

Handels-Rundschau.

Zur Preisregulierung auf den russischen Märkten hat das allgemeine Handelskommissariat die Einrichtung einer besonderen Handelskommission befürwortet, deren Tätigkeit sich auf folgende Gebiete erstrecken soll: Normierung der Zuschlüsse und Abschlüsse im Groß- und Kleinhandel der Trusts und Sondiate im Sinne der Herstellung einer gewissen Gleichmäßigkeit, Herabsetzung der Handelskosten der Organe des allgemeinen Handelsvertrags, weitere Herabsetzung der Kleinhandelspreise und Ausnutzung der vielen Zwischenhändler. Die sog. „Schere“ hat sich im Laufe des Januar bereits um 10 bis 20 Prozent ausgedehnt. Während am 1. Februar der Preisunterschied zwischen Industrie- und landwirtschaftlichen Erzeugnissen noch 160 Prozent betrug, stieg er sich am 21. Februar nach dem Index auf nur 142 Prozent.

Geldmarkt.

Valorisationsstrahl für den 24. und 25. März 1800 000 Mr.

Die polnische Mark am 22. März Danzig 0,638—0,637, Auszahlung Warschau 0,618—0,622; Berlin, Auszahlung Warschau 4,79 bis 4,91; London, Auszahlung Warschau 40 000 000; Zürich, Auszahlung Warschau 0,40—0,70.

Warschauer Börse vom 22. März. Scheids und Umläge: Belgien 325 500—386 000, Holland 3 460 000—3 487 500, London 40 250 000—39 950 000, New York 9 350 000—9 300 000, Paris 495 000 bis 498 500, Prag 271 250—264 000, Schweiz 1 619 000—1 608 500, Wien 182 10—181 00, Italien 402 200—398 975, Goldmark 1 800 000. — Devisen (Auszahlung und Umlage): Dollar der Vereinigten Staaten 9 350 000—9 300 000, franz. Franken 490 000.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 22. März. In Danziger Gulden wurden notiert für: Verkehrsreicher Scheid: Warschau (1 000 000) 0,618 Geld, 0,622 Brief. Banknoten: 100 Silbergroschen Reichsmark 130,672 Geld, 131,928 Brief 100 Rentenmark 131,171 Geld, 131,928 Brief, 1 000 000 polnische Mark 0,638 Geld, 0,637 Brief, 1 amerikanischer Dollar 5,7880 Geld, 5,8170 Brief. Deleg. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Geld, 25,00 Brief, Berlin 100 Billionen Reichsmark 131,87 Geld, 132,83 Brief, New York 1 Dollar 5,8005 Geld, 5,8295 Brief, Paris 100 Franken 30,62 Geld, 30,78 Brief, Warschau 1 Million Pfmk. 0,618 Geld, 0,622 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtlose Auszahlungen in Mark	In Billionen		In Billionen	
	22. März	Brief	21. März	Brief
Amsterdam . . . 100 Fl.	155,61	156,39	155,61	153,89
Buenos-Aires . . 1 Pes.	1 405	1 415	1 405	1 415
Brüssel-Anto. . 100 Fr.	17,58	17,64	17,46	17,54
Christiania . . . 100 Kr.	57,85	58,15	57,85	58,15
Copenhagen . . 100 Kr.	65,59	65,91	65,59	65,91
Stockholm . . 100 Kr.	110,72	111,28	110,72	111,28
Helsingfors 100 finn. M.	10,57	10,63	10,57	10,63
Italien . . . 100 Lira	18,05	18,15	18,05	18,145
London . . 1 Pf. Str.	18,055	18,145	18,055	18,145
New York . . 1 Doll.	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris . . . 100 Fr.	22,14	22,26	21,75	21,85
Schweiz . . . 100 Fr.	72,72	72,08	72,72	72,98
Spanien . . . 100 Pes.	54,61	54,89	54,11	54,39
Lissabon . . 100 Escudo	12,93	13,04	12,96	13,04
Japan . . . 1 Yen	1,765	1,765	1,755	1,765
Rio de Janeiro 1 Mil.	0,455	0,465	0,455	0,465
Wien . . . 100 000 Kr.	6,08	6,12	6,08	6,12
Prag . . . 100 Kr.	12,21	12,29	12,21	12,29
Jugoslavien 100 Dinat	5,48	5,52	5,48	5,52
Budapest . . 100 000 Kr.	5,98	6,02	5,98	6,02
Sofia				

Das Geschäftsergebnis der Breslauer Messe. Wie zu erwarten war, entsprach der geschäftliche Verlauf vollkommen den in Königsberg und Leipzig gesammelten Erfahrungen. ähnlich wie dort, war auch in Breslau, was die Zahl der Besucher und Aussteller anlangt, ein Rekord festzustellen. Das Messegeschäft selbst wurde in allen Branchen als sehr gutes Bedarfsgeschäft gekennzeichnet. Die Stabilität der Mark hatte bereits weitgehende Erleichterungen der bisher sehr schärfen Zahlungsbedingungen ermöglicht, die Preise liegen gegen Leipzig noch um ein geringeres nach, und auch sonst machte man die Beobachtung, daß amischen Ausstellern und Einkäufern eine Verständigung über die Preis- und Kreditfrage erzielt wurde. Im Verhältnis zum Auslande liegen die Preise der deutschen Waren allerdings noch rechtlich hoch — eine Erfahrung, die man bereits in Leipzig machen konnte. Es ist bezeichnend, daß viele Ausländer nur kaufen wollten, wenn ihnen Preiserhöhungen um 20 bis 30 Prozent bewilligt würden. Am ganzen genommen kann gelagert werden, daß die Breslauer Messe dieses Jahres, die unter gänzlich geänderten Verhältnissen gegen früher stattfand, zu einem erfreulichen Erfolg geführt hat.

Zollzahlungen in Goldmarken. Eine vor wenigen Tagen von der "Agenzia Wschodnia" verbreitete irreführende Warshawer Meldung des Inhalts, daß die Zollgebühren von Waren und Artikeln, die in Gold zu bezahlen waren, auch in Dollarnoten bezahlt werden könnten, bedarf der Nichtstellung. Wie die "Dana. N. R." von amtlicher Stelle erfahren, handelt es sich um die Verordnung des polnischen Finanzministers sowie des Ministers für Industrie und Handel vom 10. März d. J., wonach die Sicherstellung der Zollgebühren für Waren, für die der Zoll in effektivem Golde zu entrichten ist, in den Fällen, in denen nach § 14 in der im Zollblatt vom 17. 12. 23 veröffentlichten Verordnung vom 8. Dezember 1923 ausnahmsweise Zahlung in Schweizer Franken oder Dollar erfolgen kann, künftig lediglich auf Dollar beschränkt wird.

Landwirtschaft und Bank Polski. Größere Landwirtschaftliche Kreise aus Pommern und Posen sind, wie der "Pragl. Wicza," erfährt, an die polnische Regierung herangetreten mit dem Angebot, 200 000 Aktien der Bank Polski übernehmen zu wollen, falls

die Regierung dafür die Aussöhr von 200 000 Tonnen Roggen ins Ausland, ohne Erhebung irgend einer Ausfuhrgebihr, freigibt. Das Blatt betont aber, daß die Regierung sich auf dieses Angebot nicht einzulassen könne. Die Ausfuhrgebihr für eine Tonne betrage nämlich 25—28 Goldfranken. Der Staat würde durch Nichterheben der Ausfuhrabgabe für die betreffende Getreidemenge also eine Mindereinnahme von 5½ Millionen Franken zu verzeichnen haben, d. h. 28 Prozent der Summe, die die Antragsteller für die Bank Polski aufwenden wollen. Der Antrag werde um so weniger Berücksichtigung finden können, als in den letzten Tagen Gesuche um Erteilung von Ausfuhrerlaubnis für Getreide beim Finanzministerium eingelaufen seien mit dem Bemerkern, daß im Falle der Genehmigung sogar 80 Goldfranken pro Tonne als Ausfuhrabgabe bezahlt werden würden.

Kartoffelsausfuhr. Einem Beschuß des Wirtschaftskomitees folge hat das polnische Handelsministerium die Erlaubnis zur Ausfuhr von 15 000 Eisenbahnwagen Kartoffeln ins Ausland erteilt. Der Termin, bis zu dem von dieser Genehmigung Gebrauch gemacht werden darf, läuft am 15. April d. J. ab. Die Ausfuhrabgabe beträgt 62 Goldfranken vom 10-Tonnen-Wagen.

Kohlenexport nach der Schweiz — Textillexport nach Algier. Zurzeit schweren Verhandlungen zwischen Schweizer Wirtschaftsfreien und den polnischen Kohlenproduzenten in Oberschlesien zwangs Organisierung des Kohlenexports nach der Schweiz. Es werden bereits Steinkohlen polnischer Provenienz nach der Schweiz exportiert, doch soll der Export praktischer und billiger gemacht werden. Von der polnischen Konsularagentur in Algier kommt die Nachricht, daß in Algier eine besondere Aufmerksamkeit den polnischen Textilwaren gewidmet wird, die nach Tunis und weiter exportiert werden.

Über den Auslandsverkehr mit Polenmark werden im Oktawnik Ustanow folgende Änderungen der bisherigen Bestimmungen bekanntgemacht: I. Für Finanzunternehmungen wird ein einheitlicher Typ für Konten in Polenmark für Personen und Firmen, die ihren Sitz im Auslande haben, festgesetzt. Solche Art Konten können von der Polnischen Landesdarlehnskasse und allen

anderen Devisenbanken ohne besondere Erlaubnis des Devisenkommisars eingerichtet werden. 2. Einzahlungen auf diese Konten durch Personen und Firmen, die ihren Sitz im Inlande haben, können nur in solchen Währungen angenommen werden, wo eine wirtschaftliche Vergleichung vorliegt. 3. Die Einzahlungen durch Personen und Firmen, die ihren Sitz im Auslande haben, unterliegen keinen Beschränkungen. Daselbe gilt auch von Überweisungen. 4. Auszahlungen unterliegen bis zur Höhe der Deckung dieser Konten keinen Einschränkungen. 5. Es wird gestattet, über diese Konten Auslandsvalutaten im Auslande zu erwerben und Polenmark im Auslande zu verkaufen, wofür der Gegenwert der Auslandsvalutaten wird ermäßigt, nähere Bestimmungen über die Bedingungen für diesen Rechnungsverkehr zu treffen.

Die russische Holzausfuhr hat 1923 ihren Ausschwung in erster Linie durch das General-Holzexport-Bureau genommen, das in besonderer Weise die Holzausfuhr organisiert. Es richtete in den wichtigsten Ländern Auslandsfilialen ein und regelte den Verkauf nach Nichtreisern. Wie in einem ausführlichen Bericht der Zeitschrift "Danziger Holzmarkt" ausgeführt wird, wurde auch die Tätigkeit der Trusts so eingetragen, daß den Trusts bestimmte Gebiete zugewiesen wurden. So exportierte der Trust Petrovsk hauptsächlich nach Deutschland, der Trust Nordwald nach England und anderen Weststaaten usw. Den größten Einfluß auf die Preisgestaltung hatte die Londoner Filiale. Eine eigene Verkaufstätigkeit übt das Holz-Export-Bureau nicht aus, sondern überwacht nur die Ausfuhrtätigkeit der Trusts. Zur weiteren Förderung der Holzausfuhr ist neuerdings noch in London eine Aktiengesellschaft unter dem Namen Russische Holzagentur gegründet worden, die den Verkauf des russischen Holzes in den Weststaaten vermittelt. Im neuen Geschäftsjahr soll das Central-Holzexport-Bureau sich besonders auch mit der Beschaffung von Krediten für die russischen Holzexporte beschäftigen. Die Bedingungen für solche Kredite waren bisher so schwierig, daß man kaum Kredite in Anspruch nehmen konnte. Man erwartet, daß das Central-Bureau in dieser Hinsicht bessere Bedingungen erzielen wird.

Die günstigste Quelle für den Einkauf von

Tabak - Fabrikaten

Für Wiederverkäufer entsprechender Rabatt.

Jan Jezierski, Bydgoszcz

Gdańska 18. Telefon 1002

Gdańska 18. Telefon 1002.

Sämtliche Erzeugnisse staatlicher und privater Fabriken

"Noblesse" — Warszawa
"Orient" — Bydgoszcz

"Dubec" — Poznań
"Druh" — Bydgoszcz

"Sarmatia" — Poznań
"Goldfarb" — Starogard

→ ständig in großer Auswahl am Lager. ←

Kalifornische Früchte

Apfeleringe, Apricot, Birnen, Mischoft, Kalifornische Pfauen in verschiedener Stückzahl.

Bosnisch-Serbische Pfauen in verschiedener Stückzahl in Säcken und Kisten, Rosinen, Sultaninen, Reis Burma, Haferflocken, Kakao-Pulver engl., kondensierte Milch

Offeriert preiswert ab Lager Danzig und schwimmend Rudolf Pranz, Danzig, Höpflengasse Nr. 29.

Telefon 5376, 5389, 7473, 8276. 15148

Große Versteigerung.

Am Dienstag, den 25. 3. 24, nachm. 3 Uhr, werde ich Jagiellonista 12: Schlafzim., Schränke, Tische, Stühle, Chaiselongue, Spiegel, Bettstellen, Schneider, Nähmasch., Fahrräder, leicht. Arbeitsw., Pferdegehirre, Schuhe, Garderobe meistbietend freiwillig versteigern. Besichtig. 1 Std. vorher. 15147

W. Karloff, Auktionsator u. Taxator Kont. Jagiellonista 12. Telefon 1459. Tägliche

Ehneiderin empfiehlt sich außer dem Hause. 6331

G. Padubrin, Kosciuszko 47, 1 Tr., I. Geldmärkte

Hypoth. z. v. 1908. 6336
Dole, Grunwaldzka 104

Wilh. Matern

Dentist

2138

Sprechstunden v. 9-1 u. 3-6 Uhr
Bydgoszcz, Gdańska 21.

Millionen

sparen Sie bei uns:

15084

Wäsche:

Damenholen, "Reform" 3 850 000
Unterhosen, "guter Madapolam" 4 850 000
Damenhemden, "reich garniert" 5 850 000
Damenhemden, "gute Stickerol" 6 850 000
Damenholen, "moderne Fassons" 7 850 000
Kombination, "Filet-Einzel" 18 800 000

Schuhe:

Kinderschuhe, braun u. schwarz 5 850 000
Mädchen-Siefel, "Handarbeit" 9 850 000
Damen-Lederstiefele, "kräftig" 14 800 000
Herren-Lederstiefele, "Doppelsohl" 14 800 000
Damen-Lederstiefele, "Schimm" 19 800 000
Pacthühe, "schöne Fassons" 30 800 000

Strickware:

Damen-Welten, "Neuheiten" 9 850 000
Damen-Blusen, "40 Farben" 9 850 000
Damen-Sweaters, "Sportfasson" 12 800 000
Damen-Jumvers, "Modern" 19 800 000
Damen-Strickladen, "Apari" 22 800 000
Damen-Sportladen, neuß. Mode 28 800 000

Mäntel:

Sommermäntel, "viele Farben" 28 800 000
Einfarbige Mäntel, "Modern" 38 500 000
Covercoat-Mäntel, neuß. Mode 48 500 000
Tuch-Mäntel, "solide Fassons" 50 800 000
Fantasie-Mäntel, "schön" 58 500 000
Kalter-Mäntel, "Seidenfutter" 94 500 000

Mäntel:

15162
Ein gelber Hof! hund auf den Namen "Rolf" hör., gestern am 23. 3. 15162
Heirat
Landwirtstochter wünscht die Bekannt-
schaft mit Förster, kann auch Witwer m. Kind
sein, zw. Heirat. Angebote unter K. 6253
an die Geschäftsst. d. 3.
entlaufen.
Gegen Belohnung ab-
zugeben bei Böhle.
Jagiellonista 9.
Tel. 173.
Mercedes, Mostowa 2.

Jür- u. Fensterbeschläge
liefer billigt,
Anschlägerarbeiten:
werden schnellstens ausgeführt 6329
Eugen Steinborn, Schlossermstr.
Nadporiem 2 (a. d. Stadtteil) — Tel. 80.

KINO NOWOSCI

Heute Premiere!

Was die Augen nicht sehen

Ein herrliches Schauspiel in 6 Akten.

In den Hauptrollen: Mademoiselle Mynga, Madys u. Roger Karl. Außer dem Programm die spannende Farce in 2 Akten unter dem Titel:

"Ein Königreich für ein Paar Hosen".

Die Hauptrolle spielt der aus der "PARISSETTE" bekannte populäre größte Anfang 6.30 u. 8.30! Komiker Frankreichs: BISCOT. Anfang 6.30 u. 8.30.

15163

Ev. Gemeinschaft, Libelta (Bachmannstr.) 8.

Sonntag, d. 28. März, bis 30. d. M.,

abends 7½, Uhr: 6280

Evangelisations-Vorträge.

Prediger W. Wede, Wieckbor (Wandsburg).

Nachm. 5 Uhr Bibelstunde. Wir laden frdl. ein.

14692

Risten nach Maß fertigt billig an

"Persil". Tel. 745.

Verband deutscher Industrieller und Kaufleute.

Ortsgruppe Bromberg.

Am Mittwoch, den 26. d. M., abends 8 Uhr, findet im Zivil-Kino eine

Ballversammlung statt.

15160

Tagesordnung:

1. Vortrag über das Einkommensteuergebot.

2. Vortrag über die Getränkeumlässtaxe.

3. Besprechung über die für das Vorjahr angeforderten Unfallversicherungsbeiträge.

4. Stellungnahme zur Waggonladung am Sonntag.

5. Besprechung über Anträge für den am 30. März stattfindenden Verbandstag.

6. Verabschieden.

Um zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten.

Der Obmann.

Treitag, den 28. März,

abends 8 Uhr, im Zivil-Kino

"Deutsche Maler der Romantik."

Vortrag mit Bildern.

Paul Abramowski. Danzig (Kunst am Museum).

Eintrittskarten für Mitglieder 2 000 000 Mt., Nichtmitglieder 1 200 000 Mt. in der Buchhandlung Hecht, Gdańsk 19.

15161

14889

Frauentagung im Saale bei Wöhret, Fischmarkt

Montag, den 31. März, nachm. v. 2-6 Uhr.

Dienstag, den 1. April, vorm. v. 9½-1 Uhr:

Bähl. Bildungs- u. Erziehungsarbeit.

Zusammenarbeit von Stadt u. Land.

Praktische Aufgaben.

Bestätigung einer Ausgegängelzug.

Gründung des Landfrauenbundes.

Damen und Herren als Gäste willkommen.

Gastquartier vorhanden.

Montag, abends 7½ Uhr:

Musikalische Darbietungen des Herrn Musi-

direktor W. Winterfeld u. sehr geschickt. Dilettant.

Darauf: Teeabend in Alt-Bromberg.

Eintrittspreis 300 000 Mt.

15162

Montag, abends 7½ Uhr:

Musikalische Darbietungen des Herrn Musi-

direktor W. Winterfeld. Dilettant.

Ihr zurückbliebt, müßt Ihr eingestehen: Unheil über Unheil hat ein fanatischer Nationalismus angerichtet; jene fanatische Richtung, die Achtung und Bildung und Liebe nur für die Angehörigen der eigenen Nationalität und Sprache kennt. Das ist ein Bild der wahren Vaterlands- und Stammliebe. Ein Bischof in einer benachbarten polnischen Diözese hat das Wort geprägt: das ist die schlimmste Häresie unserer Tage. Bielsch ist etwas davon nach den Katastrophen der letzten Jahre noch zurückgeblieben. Nun gibt es gewiß viele, die mir erwideren: Das ist richtig, aber das gilt nicht uns, sondern den anderen. Nun, ich rufe allen ohne Unterschied zu: Fort mit diesem Gifte! Werdet wieder vernünftig in gegenseitiger Achtung und Verständlichkeit, in christlichen Umgangsformen und in Werken liebvollem Entgegenkommen. Auch wenn das auf der anderen Seite nicht erwider wird, sie es doch. Es wird nicht fruchtlos bleiben, mag auch dein Auge die Frucht nicht sogleich sehen.“

Japanisches Unglück.

Japan, das Land, das in der letzten Zeit wie kein anderes von Schicksalsfällen getroffen worden ist, ist von zwei neuen Unglücksfällen heimgesucht worden. Bei einem Zusammenstoß mit einem Schlachtkreuzer ist ein japanisches U-Boot untergegangen und 40 Mann der Besatzung sind ertrunken. In denselben Tagen ist ein japanisches Minenlufschiff über Tokio in Brand geraten, und fünf Männer sind dabei ums Leben gekommen. Die schweren Verluste werden in allen zivilisierten Ländern, und nicht zuletzt beim deutschen und polnischen Volke, aufrichtiges Mitgefühl auslösen.

Das untergegangene japanische U-Boot.

Am 21. d. M. erfährt die „Wiener Allg. Blg.“ aus London:

Nach Telegrammen aus Tokio ist es den Bergungsmaatschafften gelungen, eine telefonische Verbindung mit den achtzehn Überlebenden des japanischen Unterseebootes 48 herzustellen, daß, wie gemeldet, nach einem Zusammenstoß mit einem Kriegsschiff gesunken ist. Das Bordschiff des Unterseebootes steht unter Wasser und die lebende Besatzung ist in dem Hinterdichtring eingeschlossen. Es besteht nun für sie die Gefahr, langsam zu verhungern, falls es den Rettungsmannschaften nicht gelingt, die eisernen Wände rechtzeitig zu durchbohren.

Am gleichen Tage erhält das „Berl. Tagebl.“ folgenden Funknachricht aus Neufork:

Man hat jetzt die Hoffnung aufgegeben, daß die 44 japanischen Marinesoldaten, die mit dem Unterseeboot vor dem Hafen Sasebo untergegangen sind, noch gerettet werden können.

Republik Polen.

Der frühere Wojewode Stefan Łaszewski †.

Warschau, 22. März. Gestern nacht ist hier der erste pommerellische Wojewode, der Vorsitzende des Obersten Verwaltungsgerichtshofes, Stefan Łaszewski, gestorben.

Eine polnische Auszeichnung für Japan.

Tokio, 23. März. Gestern überreichte der hiesige polnische Gesandte, Stanisław Patek, dem Kaiser von Japan sowie dem Prinzenregenten und Thronfolger den Orden des Weißen Adlers.

Beförderung von Offizieren.

Warschau, 19. März. In Militärkreisen hat man bereits die Zusammenstellung der Frühjahrsbeförderungen für Offiziere beendet. Die Beförderungsanträge vom Major zum Oberstleutnant werden bereits geprüft. Die Beförderungsanträge vom Oberstleutnant zum Oberst werden vom Generalstabchef geprüft werden. Es sind 1616 Offiziere zur Beförderung vorgeschlagen worden. Die Unterzeichnung der Beförderungen wird durch den Staatspräsidenten erfolgen.

Die Staatseinnahmen im Februar.

Nach einer Aufstellung des Finanzministeriums betragen alle Haushaltseinkünfte des Staates aus der Bevölkerung, sowie die Einkünfte aus den Staatsunternehmen und Monopolen, die schlesische Wojewodschaft nicht eingerechnet, im Monat Februar 80 760 891 Zloty, während sich die Einkünfte im Januar auf 88 841 545 Zloty beisammen. Der Zuwachs beträgt demnach 42 419 346 Zloty.

Die Einkünfte aus den öffentlichen Abgaben, sowie die Verwaltungseinnahmen sämtlicher Ministerien ergeben im Februar 75 934 216 Zloty, im Januar 84 711 285 Zloty, was nach Abrechnung der Vermögenssteuererhöhung an die Finanzkassen einen Zuwachs der gewöhnlichen Einnahme um 12 Millionen Zloty gibt.

Die Einkünfte aus den Staatsunternehmen betragen im Februar 599 535 Zloty, während es im Januar 127 166 Zloty waren. Besonders vermehrten sich die nach den Finanzkassen geleiteten Einkünfte der landwirtschaftlichen Staatsautarbeiter von 61 591 auf 237 506 Zloty, sowie aus den staatlichen Betriebs- und Hüttenunternehmen von 40 275 auf 290 908 Zloty.

Die von den Monopolen nach den Finanzkassen geleiteten Gewinne betrugen im Februar 4 227 140 Zloty, während es im Januar 8 500 514 Zloty waren. Der Zuwachs wurde in der Haupthecke durch die Erhöhung der Einnahmen aus dem Tabakmonopol bewirkt. Während die Einkünfte des Staates im Februar im Vergleich zum Januar um 42,4 Millionen Zloty anwuchsen, war die Annahme sämtlicher Staatsausgaben verhältnismäßig unerheblich, denn sie überschritt nicht die Summe von 14 Millionen Zloty.

Die „Polski Bank Krajowy“ soll die „Bank Polski“ werden.

Wie der Krakauer „Glos Narodu“ meldet, soll nach Informationen, die dem Blatte aus den mazowieckischen Kreisen zugehen, die „Polski Bank Krajowy“ den Charakter als Staatsbank erhalten, sie soll Emissionsbank werden. Die Art, wie die Reorganisation dieses Instituts in eine Aktiengesellschaft erfolgen wird, ist noch nicht festgesetzt. Entsprechende Erklärungen in diesem Sinne hat auch im Namen der Regierung Bismarck-Kranner auf der Konferenz mit den Präsidenten der großen Städte gegeben.

Kündigung deutscher Telefonistinnen in Oberschlesien.

Wie polnische Blätter aus Katowitz berichten, ist dort hundert deutschen Telefonistinnen gekündigt worden, weil sie die polnische Sprache noch nicht beherrschen.

Der Prozeß gegen den Oberleutnant Biłouski, der, wie bereits gemeldet, durch die Aussagen des als Zeugen vernommenen Józef Biłouski sensationelle Enthüllungen brachte, wurde auf Unbestimmte Zeit vertagt.

Wie aus Katowitz gemeldet wird, hat der dortige Wojewodschaftsrat in seiner Sitzung am Freitag beschlossen, die Statuten zu verfassen und zu lösen. Bis zur Vollziehung der nächsten Stadtverordnetenmaßnahmen werden an diesen drei Orten kommissarische Vertretungen eingesetzt.

Deutsches Reich.

Erhöhung der Beamtengehälter in Deutschland.

Der Reichsrat vertragte die Entscheidung über die Beamtengehälter bis zum Donnerstag, da die Regierung im letzten Augenblick noch einen neuen Vorschlag unterbreitet hat, der von den bisherigen abweicht. Die Grundgehälter der Beamten sollen danach um 10 Prozent erhöht werden, während der frühere Vorschlag nur 10 Prozent vorsah. Ferner sollen nach dem neuen Vorschlag die Ortszuschläge erhöht werden auf 80 Prozent von $\frac{1}{4}$ der früheren Wohnungsgelder, die im Frieden gezahlt wurden. Die Kinderzulagen sollen auf 13, 15 und 17 Mark, die Frauenzulagen von 7 auf 8 Mark erhöht werden.

Nach einer weiteren Berliner Meldung hat das Reichskabinett beschlossen, daß gegen die Entlassung aus dem Reichsdienst oder Verziehung in den einstweiligen Ruhestand auf Grund der Personalabbauregordnung den Beamten grundsätzlich das Einspruchsrecht eingeräumt werden soll. Dieses Einspruchsrecht soll auch für bereits durchgeführte Entlassungen gelten, soll aber nur Beamten, nicht Angestellten zustehen.

Der preußische Landtag nimmt die evangelische Kirchenverfassung an.

Im preußischen Landtag wurde Artikel 1 des zur zweiten Beratung stehenden Entwurfs über die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen in namentlicher Abstimmung mit 154 gegen 120 Stimmen nach dem Ausschussschlüssel angenommen.

Bei Artikel 2 wurde ein deutschnationaler Antrag auf Einschränkung des staatlichen Einflusses auf die Kirche mit den Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Der „Intransigeant“ teilt mit, daß zwischen Deutschland und Frankreich Verhandlungen über den Austausch des in Leipzig verurteilten Hauptmanns d'Armont gegen deutsche Gefangene im Gange seien.

Aus anderen Ländern.

Der russisch-chinesische Konflikt.

Paris, 24. März. PAT. „Chicago Tribune“ meldet aus London, daß die englische Regierung beunruhigt sei durch die drohende Haftung, die die Sowjets gegenüber China eingenommen haben. Der englischen Regierung sei mitgeteilt worden, daß im östlichen Russland militärische Vorbereitungen getroffen würden. Der erste Vorstoß sei in der Gegend von Charbin verplant.

Nach einer anderen Meldung der „Neuen Freien Presse“ aus Berlin hat die dortige chinesische Gesandtschaft von ihrer Residenz ein Telegramm erhalten, nach welchem die Mitteilungen über die Ausweisung des russischen Gesandten Karachan aus China jeder Grundlage entbehren. Nach dieser Mitteilung werden die Verhandlungen mit China in Peking fortgesetzt.

Revolution in Honduras.

In Honduras haben revolutionäre Streitkräfte die Hauptstadt besetzt. Die Haupt- und Geschäftsräume, sowie die Regierungsbüro wurden geplündert. Auch Ausländer wurden in ihrer Person und ihrem Eigentum von den Revolutionären bedroht. Das amerikanische Kriegsschiff „Milwaukee“ hat in Honduras gelandet. Das Landungsboot ist in El Salvador nach der Hauptstadt unterwegs, da der amerikanische Gesandt dringend um Schutz für die Ausländer gebeten hat.

Moskows Getreidevorräte.

Moskau, 21. März. PAT. In einer Unterredung, die Krassin einem Pressevertreter gewährte, betonte er, daß die Getreidevorräte in Russland zu Ausfuhrzwecken genutzt. Sämtliche Gerichte der Auslandsprese, daß die Getreideausfuhr unterbrochen werden soll, seien grundlos. Die Verpflichtungen, die wir in dieser Beziehung eingegangen sind, sagte Krassin, werden strikt innerhalten werden. Die Sowjetregierung hat außerdem neue Bestellungen aus der Türkei und den Balkanstaaten erhalten.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angedroht.

Bromberg, 24. März.

Besuch des Staatspräsidenten in Bromberg.

Der Magistrat hat in Erfahrung gebracht, daß der Präsident der Republik unsere Stadt zu besuchen beabsichtigt. Der Magistrat beschloß deshalb, den Herrn Präsidenten der Republik offiziell dazu einzuladen, und er teilte dem Stadtpräsidenten dazu den Auftrag.

Magistratsbeschlüsse.

In seiner Sitzung vom 12. März d. J. hat der Magistrat den Antrag der Theaterdeputation, dem Stadttheater eine Beihilfe für die Behebung des Theaters zu gewähren, wegen der schwierigen finanziellen Lage der Stadt abgelehnt. — Dem Antrag der Fa. Chubinski & Maciejewski um Abgabe von Grund und Boden zum Bau einer Fabrik am sogenannten Schwarzen Wege in Gleiwitzfeld hat der Magistrat im Grundsatz zugestimmt. — Auch die Fleischkonsernen-Fabrik - Aktiengesellschaft in Bromberg beabsichtigt, in der genannten Gegend ein Fabrikgebäude zu errichten. Diesem Antrage hat der Magistrat gleichfalls grundsätzlich zugestimmt. — Auf den Antrag der Petroleumgesellschaft „Pocenia“ in Krakau um Zuweisung von Baugelände zur Errichtung einer Raffinerie für Petroleum, Benzin, Öl und Paraffin schlägt der Magistrat als Terrain dafür das in Ludwigsburg nahe der Siegelreie belegene vor. — Endlich hat der Magistrat beschlossen, sich an das Ministerium für öffentliche Wohlfahrt zu wenden zur Erlangung einer Anleihe zur Besteitung der Aufwendungen für die Arbeitslosen.

Neuer gesetzlicher Feiertag.

Wie uns die hiesige Gewerbeopozie auf Anfrage mitteilt, gilt der kirchliche Feiertag Mariä Verkündigung, der stets auf den 25. März fällt, nicht als gesetzlicher Feiertag. Demnach kommen für den morgigen Dienstag keinerlei einschränkende Bestimmungen für Industrie, Handel und Gewerbe zur Anwendung. Das wird auch durch Mitteilungen Posener Blätter bestätigt.

Der deutsch-polnische gemischte Schiedsgerichtshof hat die in Artikel 20 der Deutsch-Polnischen Prozeßverordnung für Einreichung von Klagen vorgesehene Generalfrist bis zum 1. Oktober 1924 verlängert.

Zur Liquidationen. Die Imprägnierwerke der Danziger Parkettfabrik und der Imprägnierwerke in Brzeg und Świdnica sind als deutsches Eigentum zum Zwangsverkauf

gestellt. Ebenso ist das Rittergut Ostrowite im Kreise Löbau, das Herrn Hans von Blücher gehört und 1871 Hektar umfaßt, vom Liquidationskomitee in Breslau für liquiderbar erklärt worden.

Ein Witterungsunwetter nach der feuchtwarmen Ede hin ist seit Sonnabend nachmittag eingetreten und hat uns gekenn und hante Temperaturen bis zu 8 Grad Celsius gebracht. — Ob nun wirklich so etwas wie Frühlingswetter in Sicht kommt, ohne empfindliche Rückschläge?

Über eine schwere Mäuseplage wird in verschiedenen Gegenden unseres Teilstaates von den Landwirten sehr gesagt. In welcher enormer Zahl die schädlichen Nagetiere hier und da auftreten, davon gibt die Mitteilung eines Großgrundbesitzers aus dem hiesigen Kreise Kenntnis. Dieser Aufschrift entnehmen wir, daß aus Anlaß des Dresdens Schobers wohlgezählt über 1000 Mäuse totgeschlagen wurden. Ferner wurden durch mehrere Hunderttausend mindestens 150 Mäuse erlegt, und zählt man dazu die Mäuse, die im oberen Teil des Schobers beim Dreschen totgeschlagen wurden, so kann man die Gesamtzahl auf 1500 Stück schätzen, nichtgerechnet die vielen ganz jungen und noch nackten Mäuse in den zahlreichen Mühleneinstern. Danach kann man sich einen ungefähren Begriff machen von den riesigen Verlusten, die den Landwirten durch die Mäuseplage erwachsen.

Mittels Schankentfernung wurden aus einem Geschäft Danziger Straße (Gdańsk) 28 Seidenstoffe von hohem Wert gestohlen. Der Geschäftsinhaber trägt insfern Mischnadl an dem Verlust, als er die Rollhalouen während der Nachtstunden nicht herunterlassen konnte.

Diebstähle. Einem Einwohner der Getmanska wurde eine silberne Uhr gestohlen, aber später bei einem gewissen Edwin Bode gefunden. — In dem Hause Hanfstraße (Konopna) 11 in Schwedenhöhe (Swederowo) wurde einem Herrn ein Betrag von 90 Millionen entwendet. Als Täter wurde der eigene Sohn des Bestohlenen ermittelt. Gestohlen wurden am Sonnabend und Sonntag drei Sittendirnen und je ein Landstreicher und Bettler.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Bromberg Ost. Mittwoch, 26. 3., Generalversammlung. — Anfang pünktlich 8 Uhr. (6848)

Deutsche Bühne:

„Das Jubiläum“, Lustspiel in 3 Akten von Arnold und Bach.

Universitätsjubiläum in — ia wo? jedenfalls im winzigsten alten Nest — mit festgesetzten Studenten und tanz- und freudelüsternen kleinen Mädchen; und dazu die alten Herren, die aus dem Wechsel der Zeit sich für einige Tage aufsuchen, an den Ort, den die Fülle der Erinnerungen umrankt, gleich als ob sie dort die Quelle suchten, die geheimnisvoll die Jugend bewahrt und vielleicht auch dem älter gewordenen noch einmal den vollen Zug schäumen Jugendgefühls gestattet. Das ist der Hintergrund des Stücks, oder eigentlich der Inhalt; und der bunte Wechsel von ansprechenden Szenen, den er zuläßt, das alte Liebe Requisit von bunten Bändern und Mützen auf jungen und alten Häuptern sichern ihm das Gefallen der Hörer ebenso wie die Gemütswerte, die er in sich trägt. Die Herren Arnولد und Bach haben ein buntes Werk gebaut; wie sich das von den Verfassern der „Spanischen Fliege“ geziemt, mit reichlicher Komik in Situation und Personen, so daß der Lacher reichlich Gelegenheit zum Lachen findet; und darin eingemengt ist eine gute Doxis von Rührung, wenn die Jungen sich Treue geloben und die Alten der verlassenen Liebe begegnen; daß auch das gute Durchschnittsherz auf seine Rechnung kommt.

Die Aufführung machte Freude; die Regie (Hans Höller) hatte wirkliche Bilder gesichert, und es wurde durchweg flott gespielt. Man stellt immer wieder mit besonderem Vergnügen fest, welche Fülle von charakteristischen Typen unsere Deutsche Bühne im heiteren Spiel auf die Bretter zu stellen vermag. Der Schluss des zweiten Aktes war eine Meisterleistung, und Willi Damaskus fand in der führenden Rolle des Hosarchivars Kinderlein, der nach zwanzig Jahren des Duckens und Dokkens endlich einen Augenblick „Kurage“ findet, in Walter Schnura und Albert Braun prächtige Partner. „Da wollen wir gerecht sein“ — wie der Umläufer von Gießhübel sagt, und deshalb darf das etwas eifrig-färbige „Milchen“ Erna Becker (oh armer Archiv!) ebensoviel übergehen werden wie Charlotte Damaskus jugendfrische Ensi, Karl Kreischers gewissenhafter Magistratssekretär Liebreich mit der schönen Stimme, und Kurt von Sawatzky Stadtrat Winkler. Neu war Walter Grey in der Rolle einer streberhaften Exzellenz — sie lag ihm ausgezeichnet. Das Jubiläum dürfte unser Publikum noch öfter erheitern.

* Polen (Poznań), 20. März. In der gestrigen Sitzung des Kreisbauernvereins Breslau berichtete Herr von Saenger-Lukowicz über den Stand der Arbeiterangelegenheit und über dringende Tariffragen. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen einverstanden. Es wurde betont, daß man im Interesse der Sanierung der Staatsfinanzen, trotz der außergewöhnlich hohen steuerlichen Belastung der Landwirte, wie sie bis jetzt noch nicht dagewesen sei, das Äußerste leisten müsse. Es wäre aber unmöglich, bei den kommenden Tarifverhandlungen über die Grundlage der Beileitung des Vorjahres hinauszugehen. Diese Ansicht wurde von der Versammlung einstimmig bestätigt. Bei Wahrung dieses Standpunktes, im Interesse der Finanzsanierung, trotz der hohen Steuerbelastung, ist man andererseits in den Kreisen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber entschlossen, alle Folgen bei einer Ablehnung der in diesem Sinne gemachten Vorschläge auf sich zu nehmen.

* Polen (Poznań), 22. März. Mittwoch abend erschien in der Blumenhandlung ul. Krzeszowskiego 15 (fr. Hedwigstraße) ein etwa 35-40jähriger Herr, bekleidet mit einem feindlichen Überzieher mit Sealkrägen, und erstand einen Blumenkorbs für 100 Millionen Mark. Er bezahlte mit einem 50-Dollarschein, auf dem ihm der Blumenhändler 300 Millionen herausgab. Auf Wunsch des Käufers trug ihm das Lehnmädchen des Geschäfts den Blumenkorbs bis zur ul. Szamarzewskiego (fr. Kaiser-Wilhelmsstraße). Hier entriß der seine Herr ihr plötzlich den Korb und verschwand damit in der ul. Patrona Jackowskiego (fr. Nollen-dorffstraße). Als das Mädchen im Geschäft den Vorfall erzählte, kamen dem Inhaber Bedenken an der Echtheit des 50-Dollarscheins. Er begab sich zu einer Bank, die feststellte, daß der 50-Dollarschein funktionslos aus einem 1-Dollarschein durch Wegtäschchen der Zahlen „50“ bzw. „Fifty“ hergestellt war.

Hauptchristleiter: Gottbold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklame: E. Brzegodzki, Druck und Verlag von A. Dittmann & C. m. b. s. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Freitag, den 21. März 1924, vormittags, entschließt nach schwerem Leiden unser lieber Onkel, der

Rittergutsbesitzer

Mar Caspari-Lyskowo

In diesem Schmerz die trauernden Hinterbliebenen

Kaethe Rockstroh geb. Mennel
Hans Mennel
Felix Rockstroh
Dora Mennel geb. Langner.

Die Beerdigung findet am Montag, den 24. März, 4 Uhr nachm., in Lyskowo bei Tuchola statt.

Heute entschließt sanft nach längerem Krankenlager unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der Rentier

Herr Hugo Schoen

im fast vollendeten 84. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Dabrowa 6. 22. März 1924.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. März, 3½ Uhr nachmittags, vom Trauerhause aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Mutter, sowie für die Kranspenden sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren

herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen
Ernst Dürr.
Bydgoszcz-Dole, den 24. März 1924.



MARKE
TEEKANNE
der Gehaltsolle."

also der billigste und zugleich der feinste Tee im Verbrauch

Stellengesuche

Junger Beamter

27 Jahr. ev., ledig, beherrsch das Polnische
sucht Erstellung als erster oder zweiter

6347

Inspektor.
Gute Zeugnisse vorhanden. Angebote an
H. Wellnich,
Bogumiels, Pow. Dobromil.

Junger Beamter
sucht Erstellung als erster oder zweiter

6347

J. gebild. Fräulein
sucht Berufsgesellin
Art. Deutsch. u. poln.
Spr. mächt. Off. unt.
6315 a. d. Gt. d. Ztg.

J. Mädchen
sucht auf grös. Gut die
Wirths. z. erlernen. Vorl.
i. Badeni. Koch. Fam.
Anschl. Beding. Off. u.
6329 a. d. Gt. d. Ztg.

Wir vergeben für das ganze Gebiet Großpolens, Pommerellen und Oberschlesiens unsere

15152

Gut erhaltene

kompl. Mühleneinrichtung

mit Zwillingssturbine, zwei Wasserröhren, zwei Mahlräumen, Reinigungs- und Schleifmaschinen, Riemenscheiben, Transportketten usw. sofort oder später im ganzen zu verkaufen. Anmeldungen zur Besichtigung sind zu richten an das

Rentamt Runowo, Post Runowo Krausie, Kreis Wirsitz.

Dasselbst ist auch ein fast neuer 60 PS Siemens-Schuckert-Drehstrom-Motor zu verkaufen.

General-Berretung,

welche den Alleinvertrieb unserer erstklassigen Feuerlöschapparate (mit trockenem Löschmassen) zu übernehmen hätte. Herren oder Firmen, die Kauktion in Höhe von mindestens ½ Milliarde Mtp. stellen können, für welche wir das Zehnfache an Waren crediterieren, wollen sich melden.

R. J. Schulz, Poznań I, Rybaki 7/8.

Mitteldeutsche, angeseh., leistungsfähige
Lackfabrik (G. 3. II.)

sucht tüchtigen, insbesond. bei Behörden und Großindustrie eingeführten

Berretter

unter günstigen Bedingungen. Kommissionslager wird eingerichtet. Offert. unt. S. 536 an Ala, Haasenstein & Vogler, Dresden.

In diesen Bezirken besteingeführter

Reisender

möglichst aus der Brenn- u. Baumaterialienbranche, beider Sprachen mächtig, zum baldigen Eintritt gesucht. Schriftliche Angebote mit Zeugnissabschriften und Gehaltsansprüchen unter B. 6231 a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erbeten.

für eine 10000 Morgen große Privatforst (Bezirk Bydgoszcz) wird zum 1. Juli cr. evtl. früher ein durchaus erfahrener

Oberförster

gesucht. Bewerber müssen polnische Staatsangehörige sein. Akademisch gebildete Herren werden bevorzugt. Ausführliche Bewerbungen mit Zeugnissabschriften, Angabe von Referenzen und Bild unter B. 15116 an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Zucker-Fabrik
in Woiwodschaft Posen sucht zum
1. Juli dieses Jahres einen
technischen Leiter.

Bewerbungen unter B. 15158 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Buchhalter

beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig, für Sägewerk und Mahlmühle, sofort gesucht. Lebenslauf und Gehaltsansprüche zu richten an

Kommissionsrat Friesel, Dabrowa
pow. Chelmno.

Binderin, Lehr- und Louismädchen
können eintreten. 15050 Blumengesch. Duga 41.

Garderobenfrau u. Küchenmädchen
sofort cr. Bi-Ba-Bo. 6332

Büffetfräulein
poln. u. deutsch sprech., möglichst schon im tröß. gut. Haufe täglich gewe. kann baldigst eintreten.

Hotel König, Hof
Grundstück. 15148

für ländl. Haushalt eine verlässliche

äl. Person
(evtl. m. Kind) gesucht. Gummifabr. "Kautz"
Toruń 61. 622

Zum 1. April 1924

Mädchen
evgl. lauber, ordentlich, für kleinen Haushalt gesucht.

Frauaborius, Nisko, Plante Micewicza 263 d.

Zücht. Mädchen
oder Stütze

welches gut steht, für 2 Pers.-ca. aushalt zum

1. April sucht 6345 Frau Kleffte, Korjetzeg, Gdansk 162.

Ein sauberes
Kinderärztin sucht 2 Kind. f. d. ganz. Ig. verlangt. Sw. Jantos Nr. 16. 8 Tr. 2. 6314

Gesucht zum 1. April
oder später tüchtiges

Küchenmädchen
und besseres. evang.

zu zwei grösseren Kindern. Instanthaltung der Kinderärztrobe Beding. Keine Hausarbeit. Angebote mit Referenzen unter

D. 15156 an die Geschäftsst. dieser Zeitung erbeten.

Einf. zuverl. Frau
od. älteres Mädchen

zur Pflege eines alten
Herrn auf Gutshof gesucht. Mit Wirtschaftsführ. sonst nichts zu tun. Offert. unter

N. 6342 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Hausmädchen
vom 1. 4. ab sucht se. Ahmann, Konarskiego (Schulstr.) 4.

Frau E. Wehr,
Wieszczyce, p. Kujaw. pow. Tuchola.

Gut erhaltene

15117

kompl. Mühleneinrichtung

mit Zwillingssturbine, zwei Wasserröhren, zwei Mahlräumen, Reinigungs- und Schleifmaschinen, Riemenscheiben, Transportketten usw. sofort oder später im ganzen zu verkaufen. Anmeldungen zur Besichtigung

sind zu richten an das

Rentamt Runowo, Post Runowo Krausie, Kreis Wirsitz.

Dasselbst ist auch ein fast neuer 60 PS

Siemens-Schuckert-Drehstrom-Motor

zu verkaufen.

Saat-Speise-Fabrik-Kartoffeln

läuft jedes Quantum gegen Rasse

C. J. Targowski & So.

Dworcowa 34-36.

Telefon 1273.

15102

Pferdegeschirre, Leine und Baum,
gut und stark, billig zu verkaufen.

Zahle die höchsten Preise für

Platziere, Klügel, Zinnische Möbel, Porzell. us.

Bi-We. Niemandlich von (Elisabethstr.) 89.

Pachtungen

zu wachten gesucht

Gut von 150-400 Morgen. Off. u. W. 41042 an Ann. Exped. Wallis-Torn.

1400 Landwirtschaft.

Deutscher Vächter, polnisch-Staatsbürger, sucht bis 600 Ma. mit oder ohne Inventar, wegen Aufgabe der bisherigen Pacht, von der neuen Ernte ab zu pachten od. eine Landwirtschaft bis 300 Ma. zu kaufen. Off. unt. R. 2150 an das Wolener Landblatt, Wolan. erb.

1400 Landwirtschaft.

Deutscher Vächter, polnisch-Staatsbürger, sucht bis 600 Ma. mit oder ohne Inventar, wegen Aufgabe der bisherigen Pacht, von der neuen Ernte ab zu pachten od. eine Landwirtschaft bis 300 Ma. zu kaufen. Off. unt. R. 2150 an das Wolener Landblatt, Wolan. erb.

1400 Landwirtschaft.

Deutscher Vächter, polnisch-Staatsbürger, sucht bis 600 Ma. mit oder ohne Inventar, wegen Aufgabe der bisherigen Pacht, von der neuen Ernte ab zu pachten od. eine Landwirtschaft bis 300 Ma. zu kaufen. Off. unt. R. 2150 an das Wolener Landblatt, Wolan. erb.

1400 Landwirtschaft.

Deutscher Vächter, polnisch-Staatsbürger, sucht bis 600 Ma. mit oder ohne Inventar, wegen Aufgabe der bisherigen Pacht, von der neuen Ernte ab zu pachten od. eine Landwirtschaft bis 300 Ma. zu kaufen. Off. unt. R. 2150 an das Wolener Landblatt, Wolan. erb.

1400 Landwirtschaft.

Deutscher Vächter, polnisch-Staatsbürger, sucht bis 600 Ma. mit oder ohne Inventar, wegen Aufgabe der bisherigen Pacht, von der neuen Ernte ab zu pachten od. eine Landwirtschaft bis 300 Ma. zu kaufen. Off. unt. R. 2150 an das Wolener Landblatt, Wolan. erb.

1400 Landwirtschaft.

Deutscher Vächter, polnisch-Staatsbürger, sucht bis 600 Ma. mit oder ohne Inventar, wegen Aufgabe der bisherigen Pacht, von der neuen Ernte ab zu pachten od. eine Landwirtschaft bis 300 Ma. zu kaufen. Off. unt. R. 2150 an das Wolener Landblatt, Wolan. erb.

1400 Landwirtschaft.

Deutscher Vächter, polnisch-Staatsbürger, sucht bis 600 Ma. mit oder ohne Inventar, wegen Aufgabe der bisherigen Pacht, von der neuen Ernte ab zu pachten od. eine Landwirtschaft bis 300 Ma. zu kaufen. Off. unt. R. 2150 an das Wolener Landblatt, Wolan. erb.

1400 Landwirtschaft.

Deutscher Vächter, polnisch-Staatsbürger, sucht bis 600 Ma. mit oder ohne Inventar, wegen Aufgabe der bisherigen Pacht, von der neuen Ernte ab zu pachten od. eine Landwirtschaft bis 300 Ma. zu kaufen. Off. unt. R. 2150 an das Wolener Landblatt, Wolan. erb.

1400 Landwirtschaft.

Deutscher Vächter, polnisch-Staatsbürger, sucht bis 600 Ma. mit oder ohne Inventar, wegen Aufgabe der bisherigen Pacht, von der neuen Ernte ab zu pachten od. eine Landwirtschaft bis 300 Ma. zu kaufen. Off. unt. R. 2150 an das Wolener Landblatt, Wolan. erb.

1400 Landwirtschaft.

Deutscher Vächter, polnisch-Staatsbürger, sucht bis 600 Ma. mit oder ohne Inventar, wegen Aufgabe der bisherigen Pacht, von der neuen Ernte ab zu pachten od. eine Landwirtschaft bis 300 Ma. zu kaufen. Off. unt. R. 2150 an das Wolener Landblatt, Wolan. erb.

1400 Landwirtschaft.

Deutscher Vächter, polnisch-Staatsbürger, sucht bis 600 Ma. mit oder ohne Inventar, wegen Aufgabe der bisherigen Pacht, von der neuen Ernte ab zu pachten od. eine Landwirtschaft bis 300 Ma. zu kaufen. Off. unt. R. 2150 an das Wolener Landblatt, Wolan. erb.

1400 Landwirtschaft.

Deutscher Vächter, polnisch-Staatsbürger, sucht bis 600 Ma. mit oder ohne Inventar, wegen Aufgabe der bisherigen Pacht, von der neuen Ernte ab zu pachten od. eine Landwirtschaft bis 300 Ma. zu kaufen. Off. unt. R. 2150 an das Wolener Landblatt, Wolan. erb.

1400 Landwirtschaft.

Deutscher Vächter, polnisch-Staatsbürger, sucht bis 600 Ma. mit oder ohne Inventar, wegen Aufgabe der bisherigen Pacht, von der neuen Ernte ab zu pachten od. eine Landwirtschaft bis 300 Ma. zu kaufen. Off. unt. R. 2150 an das Wolener Landblatt, Wolan. erb.

1400 Landwirtschaft.

Deutscher Vächter, polnisch-Staatsbürger, sucht bis 600 Ma. mit oder ohne Inventar, wegen Aufgabe der bisherigen Pacht, von der neuen Ernte ab zu pachten od. eine Landwirtschaft bis 300 Ma. zu kaufen. Off. unt. R. 2150 an das Wolener Landblatt, Wolan. erb.

1400 Landwirtschaft.

Deutscher Vächter, polnisch-Staatsbürger, sucht bis 600 Ma. mit oder ohne Inventar, wegen Aufgabe der bisherigen Pacht, von der neuen Ernte ab zu pachten od. eine Landwirtschaft